

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Zeugpreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adickstr. 10
Fernsprecher C-21. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste
Schriftföhrer ohne Freiumschlag werden nicht jurtdigefandt

Sie sind nicht blöde!

Ihre (der Gewerkschaften) seltsame Logik hat rüchichtslos auf jede Besserung der Konjunktur gepocht und sie zum selbstverständlichen Anlaß für fortdauernde Lohnerhöhungen gemacht; als aber in den Jahren 1928 und 1929 die Wirtschaft zurückging, war von entsprechender umgekehrter Lohngleichung nicht die Rede.

Diese Lüge finden sich in einem Börtenblatt, das damit dem innigen Herzenswunsch der Unternehmer nach Bohne n u g eine neue Form und neue Begründung gibt. Wollte jemand daraus entnehmen, daß die Unternehmer bei guter Konjunktur den Arbeitern ohne weiteres das Recht auf Lohnerhöhung zugestehen, der wäre schwer auf dem Holzwege. Auch dann wollen sie nicht mehr, sondern nach Möglichkeit weniger geben. Aber es klingt so „gerecht“, so „billig“, so demokratisch: bessert sich die Wirtschaftslage, dann kriegen die Arbeiter mehr Lohn; folglich müssen sie auch, wenn die Geschäfte schlecht gehen, mit weniger zufrieden sein. Wem wollte das nicht einleuchten? — Es lohnt sich, diese Behauptung unter die Lupe zu nehmen.

Ein drastisches Beispiel: der Rückgang der Konjunktur macht sich unter anderem darin bemerkbar, daß gegenwärtig in Berlin ein Metzger bei diesen „vornehmen“ Gaststätten kame, und bekam „von einer leitenden Persönlichkeit verschiedener Luxusgaststätten“ folgende Auskunft:

Bei dieser Gelegenheit, so um Neujahr herum unternahm dasselbe Börtenblatt eine Rundfrage, wobei denn wohl der Metzger bei diesen „vornehmen“ Gaststätten kame, und bekam „von einer leitenden Persönlichkeit verschiedener Luxusgaststätten“ folgende Auskunft:

„Es fehlt das Publikum, das an einem Abend über 100 (hundert) Mark aus gibt. Während man früher damit rechnen konnte, daß von 100 bis 600, manchmal auch bis 1000 (tausend) Mark von einzelnen Gästen gemacht wurden, sieht man heute vor der Tatsache, daß diese Ausgaben kaum noch in Frage kommen.“

Gute Zeiten sind also für die Bourgeoisie dann, wenn der einzelne 100 bis 600, auch bis 1000 Mark an einem Abend verschleudern oder verkaufen kann. (Es wird ausdrücklich betont, daß es sich dabei um „anständige“, „solide“ Gäste handelt, nicht etwa um „Inflationstrolche“.) Reichlich dazu nicht mehr, muß sich der einzelne Bourgeois mit Rechen bis zu lumpigen 100 Mark an einem Abend begnügen, dann ist schlechte Zeit, dann geht die Wirtschaft zurück und wenn ihr Proleten froh genug wart, in den Zeiten der Tausendmarktschen Lohnerhöhungen zu ertrotzen, dann erfordert es Bereitschaft und Billigkeit, daß ihr dem hungernden Bourgeois, der nur noch 99,50 Mark an einem Abend verbrübeln kann, sein schweres Los tragen helfe und Lohnkürzung auf euch nehmt.

Doch ich höre schon den jornigen Ruf: Welch ein Demagoge! Wie er die Ausschreitungen einzelner der ganzen Klasse zur Last legt! — Nun, von Ausschreitungen einzelner ist keine Rede, sondern nach den schwarz auf weiß vorliegenden Berichten handelt sich um ständige Geplundersungen der Besitzenden, von denen ein ganzes großes Luxusgewerbe lebt und Paläste für 5 Millionen Mark, in einem andern Fall sogar für 8 Millionen Mark aufbaut. Wohlverstanden, als Grundlage eines regelmäßigen Geschäftsverkehrs. Die Dinge müssen also doch wohl so liegen, daß in normaler Zeit die 5 und die 8 Millionen verzinst werden und darüber hinaus noch ein schöner Profit eingestrichen wird. Das wäre nicht möglich, wenn nur ausnahmsweise hin und wieder einzelne schamlos schlemmen.

Aber gut, lassen wir das. Wie sieht denn sonst wohl die schlechte Konjunktur aus, der sich die Arbeiter durch Lohnkürzung anpassen sollen?

Im letzten Heft der Monatschrift „Die Bank“ hat der Professor P r i o n ausgerechnet, daß in den letzten Jahren die deutsche Industrie durchschnittlich jedes Jahr 2 bis 2 1/2 Milliarden Mark zur „Selbstfinanzierung“ verwandt haben muß. Ihr erinnert euch doch noch, was das schöne Wort „Selbstfinanzierung“ bedeutet? Das sind die Profite, die die Unternehmer jedes Jahr einstecken und zur Vergrößerung der Betriebe benutzen, ohne sie in den Jahresrechnungen auszuweisen. Das sind v e r h e i m l i c h t e G e w i n n e über die Summen hinaus, die als Dividenden oder sonstwie sichtbar werden. 2000 bis 2500 Millionen jedes Jahr, wobei mindestens das Jahr 1928 schon mitgerechnet ist — ein hübsches Sümmchen für rückgängige Konjunktur. Wer wollte nicht einsehen, daß die Arbeiter da notwendig durch Lohnkürzung auszuhalten müssen!

Und noch ein anderes Beispiel. Die amtliche Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ beginnt ihren neuen Jahrgang mit einer Darstellung der Lage der deutschen Eisenindustrie im Jahre 1928. Da ist nun der Rückgang der Konjunktur gegenüber 1927 ganz unerkennbar. Rund 10 bis 11 bis 12 Stahl sind 1928 weniger produziert worden als 1927. Jedoch ist die Statistik nicht so engberzig, nur allein diese zwei Jahre zu vergleichen. Sie gibt auch die Zahlen für die früheren Jahre. Und wir erfahren wir denn folgendes (alles in 1000 Tonnen):

Erzeugnis	Erzeugnis	Erzeugnis
1925	18 200	10 041
1926	14 927	9 596
1927	20 586	13 065
1928	18 167	11 849

Produktion d. Hochofen	Produktion d. Blüthstahl	Prod. d. Warmverarbeiten	Prod. d. Eisen- u. Stahlwerke	
1925	10 089	12 051	9 308	2488
1926	9 638	12 228	9 017	1822
1927	18 089	16 123	11 971	2716
1928	11 804	14 318	10 696	2636

Rückgängige Konjunktur in der Tat! 1928 ist weniger produziert und weniger Rohstoff verarbeitet worden als 1927. Aber immer noch mehr, zum Teil sogar viel mehr als in den früheren Jahren.

Wie sich nun bei diesem „Rückgang“ die Profite gestalten haben, werden wir erst richtig sehen, wenn die neuesten Jahresabschlüsse vorliegen. Wie aber die Arbeiter dabei gefahren sind, davon zeigt einig schon derselbe Bericht. Die Produktion der Hochofen ist, wie aus der Tabelle ersichtlich, ein wenig geringer geworden. Dafür aber sind auch um so mehr Arbeiter auf die Straße gesetzt. Es betrug die

Jahr	Zahl der Betriebe	Beschäftigten	In Betrieb gewesene Arbeiter
1925	58	23 268	141
1928	48	20 331	125

Unweigerlich wurden Ofen ausgebaut, Betriebe geschlossen, Arbeiter entlassen. Infolgedessen ist die Arbeitsleistung der Beschäftigten ununterbrochen gewachsen:

Jahr	Durchschnittl. Leistung pro Ofen u. Woche	Jahr	Durchschnittl. Leistung pro Ofen u. Woche
1925	1848 t	1927	2252 t
1926	2102 t	1928	2206 t

Das Kapital hat also bereits durch Entlassungen, durch stärkere Ausnutzung der Ofen wie der beschäftigten Personen seine Ausgaben für Arbeitslohn in Hand mit der rückgängigen Konjunktur vermindert. Dasselbe besagt der Jahresbericht der Reichsbergbau-Gesellschaft für den Ruhrkohlenbergbau, für die Reichseisenbahn, für den Maschinenbau und andere.

Nichtsktoweniger muten die Herrschaften den Arbeitern darüber hinaus noch direkte Lohnkürzung zu! Sie sind wahrhaftig nicht blöde.

Technik gut - Wirtschaft schlecht

Jahr für Jahr begeben sich unsere Industrie- und Wirtschaftsführer und solche, die sich dazu zählen, nach den Vereinigten Staaten, um am Wohle des deutschen Volkes — zu ihrem eigenen, nicht zu vergessen — die Grundlagen für den Wiederaufbau zu studieren.

Zugewandte wurde tüchtig gepumpt, rationalisiert, erweitert, abgebaut, Reklame und — Pleite gemacht. Die modernen Betriebe mit ihren Hochleistungsmaschinen und laufenden Rändern bieten zweifellos einen fesselnden Anblick, nur schade, daß sie nur die halbe Arbeitszeit voll ausgenutzt werden; daß die Zahl der Arbeitslosen Jahres für Jahres steigt, wie die Turfe und Ertragsnisse der Unternehmungen fallen. Unsere Techniker haben bei dieser Entwicklung jedenfalls erneut gezeigt, daß sie Großes zu leisten vermögen; die Wirtschaftsführer aber — na...!

Der Fehler ist, daß man bei der Erzeugungsteigerung die Rechnung ohne den Verbraucher gemacht hat. Man hat großzügige Forderungen eingeleitet, aber der Notwendigkeit eines fließenden Abflusses der Erzeugnisse nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt, und so kommt es, daß die Rationalisierungserfolge bei der ungenügenden Ausnutzung der Betriebsmittel geschmälert und in den überfüllten Lagern durch Zinseszins zum großen Teil wieder verloren gehen. Mit anderen Worten: Die Erfüllung der wirtschaftlichen Voraussetzungen hat mit der technischen Ausweitung nicht Schritt gehalten.

Die Ursache des Fehlers liegt in der alten deutschen Unternehmerrationalität, die Wirtschaft so engberzig und kurzfristig von der Seite des Kapitals anzusehen. Man nimmt den einseitigen Standpunkt ein, daß der Arbeiter von dem Unternehmer lebt, überlebe und sonderbarerweise, daß in dem gleichen Maße das Gedeihen der Industrie von der Verbrauchskraft der deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger abhängt. Heute mehr denn je, da den deutschen Erzeugnissen aus verschiedenen Gründen der Weg nach dem Weltmarkt erschwert ist.

Man bestimt sich nunmehr erneut auf den Inlandsmarkt, und es wird sich zeigen, ob man es versteht, ihn dadurch zu stärken, daß Rationalisierungserträge der Hersteller durch Lohnkürzung oder Preisabbau mit dem Verbraucher geteilt werden, oder ob man den Inlandsmarkt nur verewaltigen kann.

Der Ruf der deutschen Automobilindustrie nach Hochschussigkeiten läßt erkennen, daß privatrechtliche Interessen wiederum denen der Allgemeinheit vorangestellt werden sollen. Dem Kapital ist es nicht von Bedeutung, ob bei einer bestimmten Dividende 10, 20 oder 50 Tausend Kraftfahrzeuge gebaut werden, für die Entwicklung der Technik, für die Arbeiter in der Metallindustrie und in anderen Branchen ist diese Frage aber durchaus nicht gleichgültig, da die Motorisierung auch den Bau und die Unterhaltung von Ausbesserungswerkstätten, Schuppen, Landstraßen und andere Arbeitsgelegenheiten mit sich bringt.

Die Forderung, der großen Menge zu einer besseren Lebenshaltung zu verhelfen, ist geeignet, einen in gewissen Kreisen in den Ruf eines gemüthlosen Schwärmers zu bringen. Was aber bedeutet, wirtschaftlich gesehen, bessere Lebenshaltung? Mehrverbrauch, also erhöhte Erzeugung. Der Anzug, das Kleid, die Socken, die nicht einmal ausgetauscht werden, sondern vorher in Folge höheren Einkommens neu erzieht werden können, geben dem Geschäftsinhaber, der Weberei, Spinnerei, dem Textilmaschinen- und Werkzeugmaschinenbau, der Schiffahrt und anderen Zweigen Verdienstmöglichkeiten — und das ist es doch wohl, was sich unsere Industrie und Wirtschaft wünschen Ein aufnahmefähiger Inlandsmarkt ist und bleibt die Grundlage wirtschaftlichen Gedeihens. Erst wenn unsere, auch so vielen Führer in der bisher so geschätzten billigen Arbeitskraft den schwachen Verbrauch der deutschen Arbeiter erkennen, haben wir Aussicht auf eine stetige Besserung. Leute, die mit großen Ziffern zu tun haben, übersehen zu leicht, daß diese aus einer Anzahl kleiner und kleinster Beträge entstehen; von diesen hängt alles Größere ab.

Die General Motors Corporation

Ergiebigstes Profitgeschäft der Welt - Hochburg des wohlthätigen Feudalismus

F. K. Das Automobil ist eines der revolutionärsten Kinder der Technik. Von der ganzen Stärke seiner umstürzenden Kraft können wir heutigen, die wir mit ihm aufgewachsen sind, uns nicht die richtige Vorstellung machen. Dazu wäre ein Mensch nötig, der nach 30-jährigem Schlafe aufwachte und an eine unserer großstädtischen Verkehrsstraßen zu stehen käme. Er würde, falls er keinen Nervenschlag erzielte, uns eher einen vollständigen Begriff davon geben können, wie gründlich das Automobil unser Straßenleben und das Verkehrsweesen umgestaltet, wie es die Verkehrspolizei genötigt und die Sorge der Fußgänger um ihre Knochen erhöht hat. Und wenn er dann in die Fabriken ginge, würde er daß erstaunt sein, wie nachhaltig das Automobil die Technik und die Arbeitsweisen gewandelt und wie viel es die Menschen beweglicher und die Arbeiter fester an die Ziele getrieben hat. Am meisten jedoch würde er überrascht sein, wenn er die riesigen Geldhaufen sähe, die das Automobil seinen Kapitalisten in einem fort zuschaufelt — wenigstens dort, wo die Unternehmer betriebsmäßig und wirtschaftlich einermöglichen auf der Höhe der Zeit sind. Da dies in Nordamerika am ehesten der Fall ist, sind dort auch die Geldhaufen am höchsten.

Nach den Berichten der Automobil-Handelskammer der Vereinigten Staaten (Facts and Figures of the Automobile Industry) ist das in den nordamerikanischen Automobilwerken (ohne die Fabriken für Zubehör, Karosserien und dergleichen) angelegte Kapital von 1910 bis 1928 von 174 auf 1965 Millionen Dollar gestiegen. Etwa acht Zehntel von dieser 1791 Millionen betragenden Kapitalsteigerung sind aus den Geschäftsergebnissen gekommen und außerdem sind fast jedes Jahr ungewöhnlich hohe Dividenden verteilt worden. Vor dem Jahre 1917 betragen sie durchschnittlich ungefähr 30 bis, selbst in dem schlechten Jahr 1911 noch 20 bis. Im Jahre 1927 betrug der Gewinn der 13 führenden Werke 320 Millionen bei einem Kapital von 1285 Millionen, was einem Gewinnfuß von 24,6 bis gleichkommt.

Die amerikanische Automobilindustrie ist, was Kapital, Arbeiterzahl und Gewinnhöhe anbetrifft, die mächtigste der Vereinigten Staaten. Einer Industrie von diesem Ausmaße und

Entfaltungsdrang ist selbst der gewaltige amerikanische Kontinent zu klein. Obwohl hier noch Millionen neue Kraftwagenkäufer zu finden sind und der Ertrag für die verschlossenen Wagen jahraus jahrein einen ständigen und in die Millionen gehenden Absatz verbürgt, strebt die amerikanische Automobilindustrie, muß sie streben, sich auf andere Länder, auf andere Erdteile, rein auf die ganze Welt auszuweiten und ihren Markt zu beherrschen, sei es weil der Produktionsapparat viel mehr zu fördern vermag, als daheim absetzen ist, sei es, weil der unbändig steigende Kapitalüberschuß zu neuer Verwendungsmöglichkeit treibt. Die Folgen dieses zweifachen Zwan, es wurden die Europäer vor Jahren inne, als bei ihnen große amerikanische Automobilgesellschaften Montagewerkstätten einrichteten, und wir Deutschen sehen es jetzt noch besser, wo bei uns die beiden größten Werke, General Motors und Ford eigene Fabriken

Aus dem Inhalt

Seite	Seite
33	Die General Motors Corporation
34	Die Stenens-Generalversammlung
35	Praktische Regeln für das Lichtbogenschweißen — Schutz gegen Erschütterung durch Maschinen — Elektrotechnische Neuheiten — Die Vorzüge des Nickel-Eisen-Akkumulators
36	Der entlassene Fürsorgezögling — Meinel — Die Verkleinerung der Familie — Blödsinn wohlhabender Tagelöhne
37	Krankenversicherung bei Wirtschaftskämpfen — Entwicklung der Sozialversicherung im Jahre 1928 und 1929 — Was muss man von der Volkswirtschaft wissen?
38	Wirtschaftsschule Dürrenberg — Beim Reichsbeirat der Betriebsräte in Stuttgart — Vorsicht bei Arbeitssuche in Frankreich — Max Quack gestorben
39	Gewerkschaftswerbung — Von der Dlna-Zeitung — Die Unternehmer auf dem Kriegspfade
40	Der Nachwuchs bei den Erwerbstätigen — Wieder mal 265 Mark verschenkt

gelaufen haben oder bauen, um von Deutschland aus das ganze europäische Automobilgeschäft zu betreiben.

Ungefähr drei bis vier von den Ländern Europas haben die zwei amerikanischen Automobilriesen für ihre hochgehenden Geschäftspläne gewählt, wo das Automobil erfunden wurde. Warum es so ist, das ist eine Geschichte für sich und für die deutschen Automobilunternehmer eine unerbauliche obendrein. Darob wird der gute deutsche Bürger klagen, die deutschen Automobilindustriellen noch mehr, weil ihnen ja, soweit sie nicht noch zu dem großen amerikanischen Handschlag kommen, die Landwahl der Pankees durch Markt und Pfennige geht. Der Eintritt solcher zwei milliardenschweren amerikanischen Gesellschaften in das Industrie- und Geschäftsleben Deutschlands wird hier nachhaltige Wirkungen verschiedener Güte auf staatspolitischen und wirtschaftlichen Gebieten haben, auf Arbeitsverhältnisse und Lohnpolitik desgleichen. Hierüber zu sprechen, wird je länger desto öfter geboten sein. Zunächst sei einmal die Naturgeschichte der beiden neuen Wettbewerber betrachtet.

Dem größten von beiden, der General Motors Corporation sei der Vorrang gegeben. Ihr Hauptgeschäft besteht in der Herstellung von Kraftwagen und Zubehörteilen, außerdem fabriziert sie elektrische Kühlschränke und Beleuchtungsanlagen. Die Gesellschaft ist nicht von Grund auf gewachsen, sondern durch mehrere Verschmelzungen zu ihrer heutigen Größe gelangt. Gleich nach ihrer Gründung, die im Jahre 1908 vor sich ging, verschluckte sie einige ältere Werke. Am Jahresende von 1909 hatte sie schon 13, ein Jahr später 23 Werke in sich vereinigt. Nachdem jahrelang organisiert und die beschliefenen Werke ausgebaut worden waren, erhielt die Corporation (1916) ihre jetzige Form. Dem war eine monatelange Aktienschieberei vorausgegangen. Aus dem Ringen um die Aktienpatente ging schließlich die Kapitalgruppe als Sieger hervor, die mit dem Namen Du Pont (Pulvertrust) gekennzeichnet wird. Diese Gruppe mit einigen großen Herren der Hochfinanz, darunter Partner des Dollar Königs Morgan, beherrscht jetzt die Gesellschaft.

Ihr Geschäft ist immer sehr glänzend gewesen, am glänzendsten freilich in den Jahren 1922 bis 1928. In dieser Zeit wurden 405,6 Millionen an Dividenden verteilt, überdies 309,7 Millionen Dollar von dem Reingewinn dem Geschäft zugeführt und nur 36,4 Millionen oder 9,3 vH des gesamten zurückerhaltenen Kapitals von außen genommen. Die Dividende hat in den acht Jahren durchschnittlich 56,7 vH betragen. Ein derart hoher Gewinn konnte dem Publikum „ungehörig groß und darum unheimlich“ erscheinen. Um dem vorzubeugen, sind die Aktien fortgesetzt gespalten worden, das heißt, die Aktionäre bekommen ständig Aktien geschenkt, so daß auf eine (in 1927) nur 13 Dollar Dividende entfiel. Nur 13 Dollar je Aktie muß dem, der das Geheimnis der Gewinnverschleiерung nicht kennt, ganz bescheiden, ja armützlich vorkommen. Doch sich hinter dem Schirm der Anonymität eine außergewöhnliche Goldgrube verbirgt, merkt man, sobald man weiß, wieviele Male sich die 13 Dollar für jeden Aktionär multiplizieren. Dies sei mit ein paar Sätzen deutlich gemacht:

Es ist ausgerechnet worden, daß ein Aktionär der General Motors Corporation, der 1903 für 100 000 Dollar Aktien kaufte, dadurch, daß er seine Zeichnungsrechte wahrnahm, seine materielle Geldanlage bis zum Jahre 1927 auf 100 000 vermehrt hat. Aber dieser Wertpapierbesitzer war damals auf dem Markt 1 675 000 Dollar wert, der mit den verschiedenen schon in bar erhaltenen Dividenden auf mehr als 2 Millionen anstieg. Selbst wenn dieser Besitzer der 100 Aktien nie eines seiner Anteile auf neue Aktien ausübte und nur die Gewinne der Corporation eingestrichen hätte, so wäre er heute der Besitzer von 5047 Aktien und seine ursprüngliche Anlage von 10 000 Dollar wäre jetzt fast anderthalb Millionen einschließlich der 265 000 Dollar barer Dividende wert. Er hätte nahezu 15 000 Prozent erhalten, ohne einen Handstreich nützliche Arbeit geleistet zu haben. Die großen Profitstößen gehen indes nicht zu den Besitzern von einigen Aktien, sondern zu den paar Finanzlöwen der Morgan- und der Du Pont-Gruppe, welche letztere 4 Millionen Aktien eigne und die im ersten Vierteljahr von 1928 allein 15 Millionen an Aktiengewinn von General Motors erhalten hat. Dies konnte in den ersten neun Monaten des gleichen Jahres 240,5 Millionen Dollar Reingewinn bringen, das ist mehr, als sie jemals in einem ganzen Jahre brachten, und es ist 24 vH mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Keine andere amerikanische Gesellschaft kann sich derartig gewaltiger Reingewinne rühmen.

Es versteht sich, daß die fabelhaften Gewinne von den Arbeitern verdient werden müssen und vornehmlich den Arbeitslohn darstellen. Damit die Arbeiter nicht auf den Gedanken kommen, daß der riesigen Profit ihrer nichtstehenden Herren „ungehörig groß und darum unheimlich“ ist, sind allerhand Einrichtungen zum Betäuben und Ködern der Arbeiter getroffen. General Motors Corporation ist nicht nur die größte profitmachende Gesellschaft der Welt, sie gibt in Amerika auch als die hochburg des wohlthätigen Feudalismus. Man begegnet bei ihr allen den Tricks, die ein gewinnstüchtiges Unternehmertum, vom schlechten Gewissen oder aus reaktionärer Sentimentalität getrieben, zur Befriedigung und Fesselung der Arbeiter übt.

In den verschiedenen Werken der Corporation sind für die Arbeiter Kleinstatten, Gruppenversicherungen, Sparkassen, Sport und Unterhaltung eingerichtet, auch Wettbewerbe werden regelmäßig an den Mann geworfen. In den Blättern wird den Arbeiter eingedrückt, daß sie mit dem Herrn Morgan, Du Pont und den andern Milliardären zur „General Motors Family“ gehören. Die Arbeiter werden ermutigt, Hausbesitzer zu werden und (eine begrenzte Anzahl) Aktien der Gesellschaft zu kaufen. Sie pflegt ein Spar- und Geldanlageprogramm, das darauf beruht, daß die Arbeiter zu jenen, Kapitalisten zu werden und dadurch ein besserer Bürger, und er ist dem auch ein besserer Angestellter.

Die Gesellschaft zahlt auch Dividenden für ununterbrochenen Dienst und sie hat von ihren 200 000 Leuten fast täglich 90 alte Arbeiter auf ihrer Pensionliste. Ja, man gibt Leute für eine lange und ehrenwerte Dienstzeit sogar dadurch, daß man Strafen und Forderungen in den Arbeitsverträgen noch ihnen benimmt. Damit die Arbeiter nicht böden werden, sind für sie Wettbewerbe geschaffen worden. Der „Vereinigung für gegenwärtige Löhne“ (Industrial Future Association) in Flint gehören Tausende von Leuten der Fabriken der Corporation an. Die Beiträge werden vom Lohn abgezogen. Die ausgezeichneten Wettbewerber haben Regalräume, Bekleidungsstücke, Landhäuser und Autos. Geld für die Befähigung der Arbeiter wird freigegeben. Es werden, nun mit einem der „Führer“-Mittel der Corporation zu sprechen, 200 000 Dollar für ein Bestes gepflegt, weil das für das Unternehmen sehr nützlich ist. Und der Vorsitzende des Finanzkomitees der Gesellschaft, Roscoe, glaubt, daß das für Unterhaltungen

Die Siemens-Generalsammlung

Abkehr von der Politik der Stoppuhr?

Von Julius Fries

Wenn die Ausführungen, die der Aufsichtsratsvorsitzende Herr Dr. C. F. v. Siemens in der Generalsammlung des Siemens-Konzerns am 17. Januar machte, ehrlich gemeint sind, so bequemt man sich anscheinend in führenden Unternehmerrreisen endlich auch zu der Ansicht, daß Bestand und Wohlergehen eines Unternehmens in höchstem Maße von der Zufriedenheit der Arbeiter und Angestellten abhängen. Von da bis zur entsprechenden Nutzenanwendung für die gesamte Lohnpolitik sollte es nicht mehr allzumeit sein. Ein Aktionär glaubte nämlich in der Generalsammlung darlegen zu müssen, der Umstand, daß die Aktionäre immer wieder mit derselben Dividende (14 vH bei Siemens & Halske, 10 vH bei Siemens-Schudert) „abgespeist“ werden, müsse ein gewisses Gefühl der Bitterkeit hinterlassen. Dieser Unzufriedene, der insofern recht hat, daß sehr wohl die Ausschüttung einer höheren Dividende möglich wäre, verwies dann zur Begründung seiner Forderung auf — die erhebliche Steigerung der geistlichen sozialen Leistungen und bemängelte, daß trotz dieser Steigerung die freiwilligen sozialen Aufwendungen noch eine Erhöhung erfahren haben, und zwar sogar um 1 Million Mark.

Diesem liebwerten Volksgenossen gab der Aufsichtsratsvorsitzende in seiner Antwort zunächst Einzelheiten über die freiwilligen sozialen Leistungen, die zu etwa zwei Drittel auf Zuwendungen an die Pensionisten entfallen, was allein schon durch das Anwachsen der Belegschaft erklärt sei. Auch in Zukunft sei mit weiteren Zuwendungen an die Pensionisten zu rechnen, da die Zinsen des Kapitals der Pensionisten nicht ausreichen, um die Aufwendungen zu decken. Die weiteren freiwilligen sozialen Aufwendungen verteilten sich auf Zuschüsse für die Ernährung der Belegschaft, für Wohnungen, Erholungsheime, Krankenhäuser u. v. m., die Aufwendungen für Sportplätze mögen zum Teil auch hier verbucht sein.

Wir erfahren aus der Entgegnung weiter, daß im abgelaufenen Jahre 6000 Personen der Belegschaft ihr 25jähriges Jubiläum feiern konnten. Diese hohe Zahl erhielt aber im gleichen Atemzuge eine recht betrübliche Abschmähung durch die ergänzende Mitteilung, daß von diesen 6000 Jubilaren noch etwa 4000 im Betriebe sind. Zweitausend haben also ihren Ehrentag nicht lange überlebt oder sind inzwischen — als zu alt abgekauft worden. Herr von Siemens gab dann weiter zu, daß die Verwaltung schon jetzt manche Wünsche der Arbeiter nicht habe erfüllen können und bemerkte für den vorlauten Anfrager:

„Der Belust der Firma hängt von der Güte der Fabrikate ab. Um diese auf größerer Höhe zu halten, reicht die Kontrolle nicht aus; sondern sie hängt ab von dem Geist der Arbeiter, von ihrem Verantwortungsgesühl und ihrer Freude. Können man diese mit Hilfe der freiwilligen sozialen Aufwendungen fördern, so zielt man damit dem ganzen Unternehmen.“

Also eine Abkehr von der Politik der Stoppuhr? Die Siemens-Verwaltung sollte sich jedoch darüber klar werden, daß freiwillige soziale Aufwendungen nur Pflaster auf die durch unzureichende Löhne und unzeitige Beschäftigung geschlagenen Wunden sind. Denn wie sieht es damit? Im Geschäftsbericht war angegeben, daß an die in deutschen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten die Summe von 270 Millionen Mark als Lohn und Gehalt im vergangenen Jahre bezahlt worden ist. Es war weiter bekanntgegeben, daß die Zahl der beim Siemens-Konzern einschließlich der Tochterunternehmen im In- und Ausland Beschäftigten am Ende des Geschäftsjahres 137 000 betragen hat gegen 130 000 im Vorjahre und 110 000 vor zwei Jahren. In der Generalsammlung wurde diese unklare Angabe des Geschäftsberichts dahin berichtigt, daß die Zahl der Beschäftigten in Deutschland 100 300 beträgt, die angegebene Lohnsumme von 270 Millionen Mark sich aber nur auf diese 100 300 Belegschaftsmitglieder bezieht. Die der Gesamtzahl von 137 000 Beschäftigten entsprechende gesamte Summe von Löhnen und Gehältern beläuft sich auf 362 Millionen Mark. An Hand dieser Angaben können wir die Durchschnittslohnsumme errechnen. Sie beträgt in Deutschland 2690 A oder 22 A wöchentlich (ohne Steuerabzug u. v. m.), wobei wieder die Gehälter der Oberbeamten und wahrscheinlich auch der Verwaltungsmittelglieder eingerechnet sind. Der in der Generalsammlung hinzugefügte Hinweis auf die Gratifikationen und Beteiligungen (Anteile), die nicht nur an Oberbeamte, sondern auch an alle über acht Jahre im Hause tätigen Arbeiter und Angestellten bezahlt werden und zu

denen wir im vergangenen Jahre an dieser Stelle das Nötige gesagt haben, ändert nichts daran, daß das Durchschnittseinkommen der Siemens-Werksangehörigen sehr niedrig und wahrscheinlich mit 40 A wöchentlich noch zu hoch geschätzt ist.

In der Generalsammlung wurde hervorgehoben, daß es seit dem letzten Jahre möglich war, die Generalsammlung schon dreieinhalb Monate nach Schluß des am 30. September endenden Geschäftsjahres abzuhalten, also fast zwei Monate früher, als dies sonst bei Siemens üblich war. Daß dies auf die Einführung neuerzeitlicher Büromaschinen und moderne Büroorganisation zurückzuführen ist, wurde angedeutet.

Wit der Stetigkeit der Beschäftigung ist es für die Arbeiter und Angestellten trotz aller Fortschritte des Unternehmens sehr schlecht bestellt. Bei der Siemens & Halske AG konnte nach Ausführungen in der Generalsammlung „fast“ die volle Belegschaft aufrechterhalten werden, erst in der letzten Zeit habe sich ein Rückgang bemerkbar gemacht, bei der Siemens-Schudert AG mußte, wie mit dem Ausdruck des Bedauerns mitgeteilt wurde, eine wenn bisher auch noch nicht wesentliche Verringerung der Belegschaft eintreten, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Herr Karl Friedrich v. Siemens versprach, dahin zu streben, diese Einschränkungen so gering wie möglich zu halten, setzte aber hinzu und schloß mit denselben Worten, die am Anfange des Berichts von Siemens-Schudert stehen: „Der Erfolg dieser Bemühungen ist heutzutage mehr von der Politik des Landes als von der Geschäftspolitik unseres Hauses abhängig.“ Das Streben nach noch größerer Vorherrschaft der Wirtschaft, das in diesen Worten zum Ausdruck kommt, läßt erkennen, daß es doch bei der Politik der Stoppuhr bleiben wird.

Das Zahlenwerk des Jahresberichts selbst zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit, was wir von den Handelskammerkündigungen und den Unternehmertagen zu halten haben, die aller Welt einreden wollen, die deutsche Wirtschaft sei am Ende ihrer Kraft. Schon dieser erste im neuen Jahre veröffentlichte Abschluß eines Großunternehmens zeigt wieder ganz erhebliche Ausdehnung des Geschäfts, weiteres Anwachsen der Betriebsanlagen und nicht zuletzt starke Reservebildung. Der Umsatz hat, wie erst in der Generalsammlung bekanntgegeben wurde, bei den Stammhäusern und den in Form von eigenen Gesellschaften betriebenen Unterabteilungen, deren Kapital ganz im Besitz der Stammhäuser ist, bei Siemens-Schudert 550 Millionen Mark überschritten, bei Siemens & Halske 300 Millionen Mark fast erreicht, was gegen das Vorjahr bei beiden Gesellschaften eine Steigerung des Umsatzes um je 50 Millionen Mark bedeutet. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Siemens eine ganze Reihe von Untergesellschaften hat, die zu drei Vierteln im Besitz des Stammhauses sind, auch deren Umsätze sind nicht mitgerechnet, ebenso nicht die Lieferungen von einem Werk an das andere.

Man kann sich aber schon aus obigen Zahlen ein Bild machen, wieviel fertigestellte Waren auf den einzelnen Arbeiter im Jahre entfallen, gering geschätzt 10 000 RM, wofür er mit 2000 A Durchschnittslohn abgespeist wird. Der Reingewinn hat bei Siemens & Halske 18,7 Millionen, bei Siemens-Schudert 16,6 Millionen Mark betragen. Die meisten der Tochtergesellschaften werden in Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung betrieben, um mit noch geringerer Offenlegung davonzukommen. Der gesamte Maschinenpark, Geräte und Werkzeuge sowie der Fuhrpark sind wieder auf — 1 A abgeschätzt. Weitere Zahlen können wir uns sparen.

Über die Ausschüßen des neuen Geschäftsjahres wurden in der Generalsammlung Angaben nicht gemacht. Im Geschäftsbericht wird für die letzten Monate des alten Jahres ein kleiner Rückgang des Bestellsungsstandes festgestellt, der aber nach Meinung der Verwaltung nicht aus Mangel an Bedürfnis nach Siemens-Erzeugnissen entstand, sondern dadurch, daß die Kundschaft sich vielfach nicht das nötige Kapital beschaffen konnte: die berühmte Kapitalnot also. 15 Millionen Mark aber hat der Siemens-Konzern im vergangenen Jahre allein für Forschungsarbeiten aufgegeben.

Dieserjenige, die durch ihrer Hände Arbeit der Denkarbeit der Forscher und Erfinder erst zum Leben verhelfen, haben den begrifflichen Wunsch, ebenfalls am Ende des Jahres ihre Bilanz zu ziehen und eine nennenswerte Summe in neue Rechnung vortragen zu können.

bezahlte Geld zurückkehrt in Gestalt von niedrigeren Produktionskosten.“

Der wohlthätige Feudalismus wird einzig und allein zu dem Zwecke betrieben, die Arbeiter einzufesseln, zu fesseln und sie vor allem den bösen Gewerkschaften fernzuhalten. Denn wenn die Arbeiter sich gewerkschaftlich organisierten, müßte ihnen etliche Male mehr bezahlt werden, als die patriarchalischen Einküßlerchen allezeit kosten. Von dem tiefsten Profit der Kapitalisten würde ein erheblicher Teil in die Lohnkästen gehen. Das ist wohl verhängt worden. Darum planmäßige Betäubung der Arbeiter.

Manöver eines Scharfmacherb'attes

Nach der neuesten Statistik des IAWO waren Ende Dezember 203 vH, also mehr als ein Fünftel der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Ende 1928 hatte die Arbeitslosigkeit nur einen Grad von 16,7 vH erreicht. Der Niedergang des Bergwerkes in dieser Form ist seit der Währungsstabilisierung noch nicht zu verzeichnen gewesen. In der Metallindustrie, im Holzgewerbe, in der Textilindustrie, im Nahrungsmitteleverbe usw. ist die Beschäftigungslosigkeit ständig gewachsen. Die weiblichen Mitglieder sind so gut wie die männlichen hierin betroffen. Das ist eine Bilanz, die schwere Funktionenleistungen der kapitalistischen Wirtschaft erkennen läßt. Man fragt sich unweigerlich, weshalb in einem so milden Winter eine so tiefenstehende Arbeitslosigkeit eintreten mußte.

Diesmal kann man den Niedergang der Wirtschaft nicht auf konjunkturelle Ursachen zurückführen. Es ist die Unfähigkeit führender Männer, die diese Massenarbeitslosigkeit auf dem Gewissen haben. In einer Linie ist es Herr Scharfmacher, der durch seine Absperrenspolitik des Auslandsverkehrs die Katastrophe zu verantworten hat. Die Gewerkschaften haben sich genug öffentlich gegen diese Art Wirtschaftspolitik gemeldet. Sie verlangen, daß der Kapitalismus durch das Vereinnahmen von Auslandskapital gestoppt werden solle. Es gibt in der Tat keinen anderen Ausweg, weil die kapitalistische Wirtschaft nicht unendlich Schaden erliden. Und da sich nun in der internationalen Bergwerks-Zeitung: „Werder“ die kapitalistische Wirtschaft nach der Arbeiterkraft wird bereit sein, für eine sozialistische Kapitalgesellschaft den Preis einer unzeitigen und daraus doppelt gefährlichen Parteilichkeit zu zahlen, und das zu erreichen.“ Da haben wir es! Die Gewerkschaften fordern mit berechtigtem Recht, wie Abhilfe geschaffen werden kann, und

nun kommen berattigte Leute her und reden von einer — sozialistischen Wirtschaft. Ein dümmstes Ablenkungsmanöver ist schwer vorstellbar.

Zwangswelche Verzichtserklärungen rechtsunwirksam

Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Die Maschinenfabrik Kümmler in Pöhlen bei Leipzig hat der Arbeiterin Sch für den 9. März 1929 gekündigt. Bei ihrem Abgang hat sie folgenden Vermerk auf der Personalkarte unterzeichnet: „Ich habe meine Arbeitspapiere richtig erhalten und erkläre, daß ich keinerlei Ansprüche an die Firma Kümmler habe.“ Die Arbeiterin macht geltend, daß ihr nach dem zwischen der Firma K. und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband geschlossenen Tarifvertrag vom 19. September 1929 noch ein Anspruch auf 6 Tage Urlaub zugeteilt worden habe und hat auf Zahlung von Urlaubvergütung Klage erhoben. — Die Beklagte wendet ein, die Klägerin habe keinen Urlaubsanspruch, da sie zur Zeit der tariflichen Ferienperiode nicht mehr bei ihr im Arbeitsverhältnis gestanden habe. Außerdem habe sie durch den Vermerk auf der Personalkarte auf jeden Anspruch verzichtet. — Die Klägerin erklärt, daß sie zur Unterzeichnung der Personalkarte von der Beklagten veranlaßt worden sei. Sie habe sich nichts weiter dabei gedacht, als sie den Vermerk unterzeichnet, erst später sei es ihr zum Bewußtsein gekommen, daß sie einen Fernurlaub beantragen habe.

Das Arbeitsgericht hat zugunsten der Klägerin entschieden. Gegen dieses Urteil legte die Beklagte Berufung ein. Das Landesarbeitsgericht in Leipzig hob das vorinstanzliche Urteil auf und wies die Klägerin kostenpflichtig ab. Um in dieser Frage einmal eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen, legte die Klägerin Revision beim Reichsarbeitsgericht ein.

Der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Rechtsanwalt Dr. Frankl, führte in seiner Revisionsbegründung aus, daß die Beklagte die Klägerin bewußt um ihren Urlaub geprellt habe. Die Klägerin habe in ihrer Erregung die Einzigeinigung auf der Personalkarte gemacht und erst später habe sie eingesehen, daß dieses ein Fehler war. Die Beklagte habe gegen Freu und Glau bene verstoßen. Er beantragte Aufhebung des Urteils.

Das Reichsarbeitsgericht schloß sich dem Antrag des Verteidigers an, hob das vorinstanzliche Urteil auf und wies die Sache zur weiteren Kräftigung und anderen Entscheidung an die Vorinstanz zurück (RAG Altg. 347/29).



Technik und Werkstatt



Praktische Regeln für das Lichtbogenschweißen

Das Lichtbogenschweißen führt sich auf allen Gebieten der Metallbearbeitung immer mehr ein. Zu einer erfolgreichen Tätigkeit auf diesem Gebiete hat man bestimmte Regeln zu beobachten.

Zunächst wird man dafür sorgen, daß ein sicherer Berührungskontakt mit dem Werkstück hergestellt wird. Die Kabelschuhe und die Kabeleinführung am Elektrodenhalter sind sorgfältig zu verlöten. Die Schweißstelle selbst muß frei sein von Zunder, Rost, Öl, Farbe, Schmutz usw. Die Elektrode ist an ihrem nicht umhüllten Ende in den Halter oder in die Zange einzuklemmen. Den Lichtbogen zündet man durch leichtes Berühren der Elektrode mit dem Werkstück und hält ihn in einer Länge von 2 bis 5 mm aufrecht. Hat man die richtige Lichtbogenlänge eingestellt, so führt man die Elektrode in kleinen Bogenbewegungen nach Art unserer Abb. 1 weiter, wobei der richtige Bogen immer den Krater im Werkstück entlang wandert. Eine Führung nach Art der Abb. 2 ist falsch, weil dabei der Lichtbogen Stellen überschneidet, an denen er schon gewesen ist, wobei die Schweißraupe teilweise zum zweitenmal verschmilzt und das Material unnötig verbrennt. Von Wichtigkeit ist auch eine richtige Winkelstellung der Elektrode gegen das Werkstück. Die Elektrode soll fast senkrecht zum Werkstück gehalten werden mit einer leichten Neigung in Richtung der Schweißnaht. Die Neigung soll derart sein, daß die Bogenflamme dem bereits niedergeschmolzenen Material der Schweißraupe zugekehrt ist, also das von der Elektrode abtropfende Material nach der Raupe hin bläst. Die richtige Haltung zeigt unsere Abb. 3. Falsch ist die durch Abb. 4 gekennzeichnete Elektrodenhaltung; hier bläst die Flamme des Lichtbogens geschmolzenes Material vom Lichtbogen fort, dieses erkaltet und geht keine Bindung mit dem Werkstück ein. In der Schweißnaht treten Schlackeneinschlüsse auf, die Naht wird schlecht. Bei der in Abb. 4 gezeigten Elektrodenneigung müßte in umgekehrter Richtung geschweißt werden (Abb. 5), dann würde die Flamme gegen die Raupe geblasen. Führt man die Elektrode mit der rechten Hand, so empfiehlt sich die Schweißrichtung von links nach rechts, sonst umgekehrt. Bei Schweißungen in vertikaler Lage des Werkstückes schweiße man von unten nach oben, bei dünnen Blechen von oben nach unten, wobei die Elektrode in einem Winkel von 60 Grad zum Werkstück gehalten wird. Oberkopfschweißungen führe man durch leichte Hin- und Herbewegungen der Elektrode aus und achte darauf, daß keine große Tropfenbildung am Werkstück eintritt. Größere Eisentropfen dürfen beim Übergang des flüssigen Elektrodeneisens auf die Schweißstelle nicht auftreten; zeigen sich solche dennoch, so ist die Lichtbogenlänge zu groß gewählt oder die Stromstärke ist zu hoch. Bei kurzem Lichtbogen geht der Materialtransport zum Werkstück in seiner Tropfenform vor sich. Der Lichtbogen muß stets so geführt werden, daß die zu verschweißende Stelle des Werkstückes und die Elektrode ausreichend zum Fließen gebracht werden, um eine innige Verschweißung sicherzustellen.

Besonders hat man auch darauf zu achten, daß der Lichtbogen konzentrisch wirkt. Zeigt sich ein starkes seitliches Blasen des Lichtbogens entgegen der Schweißrichtung, so hat man die Schweißrichtung zu ändern oder das Werkstück zu drehen. Häufig genügt es, durch den Anschluß des Werkstückpols an anderer Stelle oder unmittelbar vor der Schweißnaht die günstigste Blasrichtung des Lichtbogens zu erreichen. Hat man freistehende, zum Beispiel umgebördelte Blechkanten zu verschweißen, so entfernt sich der Lichtbogen gerne von der Mittellinie nach der einen oder anderen Seite. Hier empfiehlt es sich, zu beiden Seiten der Schweißnaht eine Schiene mittels Schraubenzwinde anzulegen; man schafft sich so eine breite Fläche, in deren Mitte man ungestört schweißen kann, weil die Verteilung des zugeleiteten Stroms eine günstigere wird.

Kommt man bei geringen Stärken des Werkstückes mit einer Schweißlage aus, so muß man bei tieferen Schweißmitten mehrere Lagen übereinanderlegen. Vor Beginn der zweiten Lage hat man die erste durch Hämmern oder Abbürsten mit Drahtbürste von Zunder oder Schlacken zu reinigen. Ebenso hat man vor Auflegen der dritten Lage usw. zu verfahren. Im allgemeinen erhält man in der zweiten Schweißlage zwei, in der dritten drei nebeneinanderliegende Raupen und so fort. Hierbei ist es aber nicht gleich-

gültig, in welcher Reihenfolge man die Raupen der oberen Schichten nebeneinander legt; man muss vielmehr stets von den Rändern ausgehen und nach der Mitte der Naht zu schweißen. In Abb. 8 sind die Lagen richtig angeordnet, während in Abb. 6 und 7 die Reihenfolge der Raupen der dritten Lage falsch ist. Besondere Sorgfalt ist auf einen guten Einbrand der Schweißraupe an den Rändern zu verwenden. Die mittleren Raupen sind viel leichter zu schweißen als die an den Rändern; erzielt man hier nicht einen guten Einbrand, so taugt die ganze Schweißung nichts. Für die unterste Schweißraupe verwendet man eine schwächere Elektrode als für die oberen Raupen, damit die Schweißung tatsächlich bis zum Grund der Naht durchdringt. Schweißt man mit nackten Elektroden, so hat man bei der Auftragung von mehreren Lagen eine Zwischenschicht mit umhüllten Elektroden auszuführen.

Von großer Bedeutung für die Erzielung eines ausreichenden Materialflusses und insbesondere auch für die Erreichung eines guten Einbrandes an den Rändern ist die richtige Wahl der Stromstärke. Ist der Strom zu schwach, so wird die Bindfestigkeit und damit die Haltbarkeit der Schweißung vermindert, ist der Strom zu stark, so ergeben sich poröse Schweißstellen.

Bei der Verwendung von umhüllten Elektroden hat die Flamme die wichtige Aufgabe, die Schlacken aus der Umhüllung in die Richtung der bereits fertigen Schweißraupe zu drängen. Hier bildet sie eine schützende Schicht gegen den Einfluß der atmosphärischen Luft und gegen zu rasche Abkühlung. Der Schweißer muß also hier die Elektrode stets so halten, daß die Flamme der Schweißrichtung abgewendet ist und sich über die Schweißraupe legt; es dürfen keine Schmelzperlen vor die Elektrode fallen, sondern das ganze geschmolzene Material muß sich an die Raupe heranziehen.

Stets schütze man vor dem Zünden des Lichtbogens die Augen durch einen Schutzschild vor den ultravioletten Strahlen des Lichtbogens.

Selbstverständlich läßt sich auch das Lichtbogenschweißen nur durch Übung und Erfahrung erlernen; die wiedergegebenen Regeln bilden aber die Grundlage zur Erzielung brauchbarer Schweißnähte.

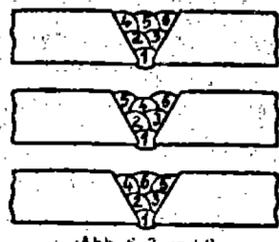


Abb. 6, 7 und 8

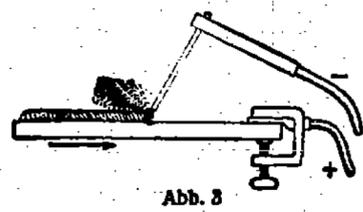


Abb. 3

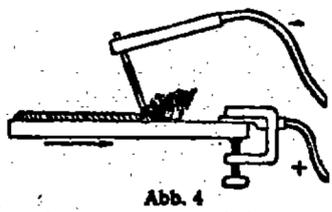


Abb. 4



Abb. 5

Schutz gegen Erschütterung durch Maschinen (Nachdr. verb.)

Von Friedrich Huth, Architekt

Die durch Maschinen hervorgerufenen Erschütterungen auf Bauwerke führen zu großen Unannehmlichkeiten, umfangreichen Reparaturarbeiten und unter Umständen zu langwierigen Prozessen. Die industriellen und gewerblichen Unternehmen, die Architekten und Bauingenieure sind bemüht, diese Erschütterungen auf ein erträgliches Maß herabzusetzen; es fehlt aber noch an ausreichenden Erfahrungen und es werden gründliche Forschungen über die Ursachen der Entstehung und der Weiterleitung der verschiedenartigen Schwingungen erforderlich. Hervorragenden Anteil an der Ausführung dieser Forschungsarbeiten hat das Laboratorium für technische Physik an der Technischen Hochschule zu München. Zivilingenieur A. Bunzel berichtet in der „Schalltechnik“ (Verlag der Emil Zorn AG, Berlin S 14) Einzelheiten aus den mit verschiedenen schwingungsdämpfenden Unterlagen angestellten Versuchen.

Das einfachste Mittel, die Entstehung und besonders die Weiterleitung des Bodenschalls zu vermeiden, besteht in einer Unterbrechung der Verbindung des Schwingungserregers mit den die Schwingungen übertragenden Konstruktionsteilen (den „Schwingungsleitern“) durch Einschaltung einer nachgiebigen Zwischenlage. Man hat hier aber zwei Arten von Isolierungen zu unterscheiden, und zwar belastete und unbelastete. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer zweckentsprechenden Verwendung von belastbarem und unbelastbarem Schallsoliermaterial. Wo also die Isolierschicht die Tragfähigkeit nicht unterbrechen darf und daher belastet erscheint, muß die Trennung durch Einschaltung einer belastbaren Isolierung erfolgen. Ist keine tragfähige Verbindung erforderlich, so wird die Zwischenlage auch nicht belastet, und es genügt dann die Zwischenschaltung einer unbelastbaren Isolierung.

Für die Praxis der Erschütterungsdämpfung kommen hauptsächlich zwei Klassen von Maschinen in Betracht. Die Maschinen der einen Klasse können wegen ihrer großen Grundfläche bei großem Gewicht und geringer Schwingungsweite ohne ein fest mit ihnen verbundenes Fundament zur Aufstellung kommen (zum Beispiel große Rotationspressen für Druckereien); die zweite Klasse bilden Maschinen, die mit einem eigenen Fundament fest verbunden werden müssen, so zum Beispiel Dampfmaschinen, Motoren, große Schmiedehämmer und dergleichen. In diesen Fällen muß Maschine und Fundament hinsichtlich der Erschütterungsdämpfung als ein Stück angesehen werden. Bei der erstgenannten Art von Maschinen pflegt man das Fundament so auszuführen, daß es schon durch sein Gewicht in dem Maße, wie die Maschine hervorgerufenen statische und dynamische Belastung in sich aufzunehmen. Bei Maschinen mit großen, horizontal hin- und hergehenden Massen sind natürlich auch stärkere seitliche Schwingungen zu befürchten und demgemäß auch seitlich belastbare Isolierungen zu verwenden.

Man begegnet noch vielfach der irrigen Ansicht, daß die dämpfende Isolierschicht in jedem Falle zwischen Maschine und Fundament eingeschaltet werden müsse. Diese irrige Anschauung ist darauf zurückzuführen, daß die Ergebnisse der Forschung noch nicht allgemein bekannt sind und manche Praktiker diese Arbeiten nach Gutdünken ausführen, ohne sich mit dem Gegenstande hinreichend vertraut gemacht zu haben. Bunzel führt in überzeugender Weise aus, daß die Isolierung zwischen Fundament und Baugrund einzuschalten ist, wenn die Maschine mit dem Fundament in feste Verbindung gebracht wurde. In diesem Falle ist unbedingt eine belastbare Isolierung, wie zum

Beispiel Kork, Eisenfilz, Gewebebauplatten oder Federkonstruktionen notwendig, wobei auf eine möglichst große Berührungsfäche zwischen Schwingungserregern und Schwingungsleiter geachtet werden muß. Eine dämpfende Isolierung zwischen Maschine und Fundament ist nur bei jener Klasse von Maschinen anzuwenden, die ohne eigenes Fundament zur Aufstellung gelangen, da hier der Baugrund selbst das Fundament darstellt.

Als Material für unbelastete Isolierungen verwendet man Korkschrott, Platten aus Korkabfällen, Filz, Pappe oder auch die Auffüllung der Luftschlitze mit kleinstückigem, lose geschüttetem Material, wie Korkmehl, Sand, Asche oder Koks usw. — kurz ein Material, das nicht hart wird und kein erhärtendes Bindemittel aufweist. Die belasteten Isolierungen müssen aber eine entsprechende Festigkeit und Bruchhärte besitzen, um die statischen und dynamischen Belastungen aufnehmen zu können. Was den Kautschuk anbelangt, so ist, abgesehen von dem für die praktische Verwendung im allgemeinen zu hohen Preis, auch noch zu berücksichtigen, daß er bei Temperaturerhöhung spröde wird. Eine solche Temperaturerhöhung tritt aber bei dem hohen Absorptionsfaktor des Kautschuks ein, da eben ein verhältnismäßig großer Teil der Formveränderungsarbeit in Wärme umgewandelt wird. Es zeigt sich hier, daß Dauerversuche von großem Wert wären. An ihre Stelle müssen vorderhand die praktischen Erfahrungen aus Einzelfällen treten.

Bunzel berichtet über langjährige günstige Erfahrungen, die man mit Korkfund in der Praxis als dämpfende Unterlage von Explosionsmotoren gemacht habe. Trotz der hierbei auftretenden ungeheuer großen Zahl der Be- und Entlastungen, die in einem Jahre schon viele Millionen erreichen kann, konnte noch nach mehreren Jahren eine Dämpfung der Erschütterungen nachgewiesen werden. Am günstigsten liegen die Verhältnisse bei Federplatten aus Holz oder Stahl. Da sie ihre Wirkung auch nicht durch Vollaugen mit Wasser oder Schmieröl einbüßen, so wären sie wohl als dauernder Schutz gegen Schwingungsübertragung als besonders vorteilhaft anzusehen. Aber hier spielt der hohe Preis eine ausschlaggebende Rolle. Darum wurden neue schwingungsdämpfende Konstruktionen eingeführt, so zum Beispiel die Stoß- und Erschütterungsdämpfer, die mit dem Fußboden und einem Teil der Maschinen verbunden sind. Sie bieten den Vorteil einer gewissen Regulierbarkeit.

Aus den vielfachen Versuchen und den langjährigen Erfahrungen ist der Schluß zu ziehen, daß unter normalen Verhältnissen die Verwendung von Naturkork als belastbares Isoliermaterial am besten geeignet ist, und zwar wegen seiner geringen Dichte, seiner hohen Belastbarkeit, seiner großen Elastizität und Federung. Im Grunde haben also die Versuche ergeben, was den Baumeistern ohnehin schon bekannt war — wenn auch nicht auf Grund wissenschaftlicher Forschung.

Elektrotechnische Neuheiten

Die leichte Umwandelbarkeit der elektrischen Energie in Wärme hat dazu geführt, daß in fast allen Geräten, die auf Wärmewirkung beruhen, die Elektrizität nutzbar gemacht wird. Neuerdings sind nun auch Elektro-Eierkocher auf dem Markt erschienen, die es ermöglichen, 1 bis 4 Eier in 3 bis 4 Minuten, je nach der Einstellung am Gerät, halbhart oder hart zu kochen. Dabei ist der Energieverbrauch so gering, daß das Kochen fast kostenlos erfolgt. In der letzten Zeit bringt eine Kabelfirma auch besondere Heizkabel in den Handel, die den Zweck haben, in Gärtnereien den Boden (Treibbeete) elektrisch zu beheizen. Leitungen dieser Art können ohne viel Umstände in Form von Schlangelinien im Erdboden verlegt werden und sind so bemessen, daß sie bei Anschluß an die üblichen Spannungen hinreichend Wärme entwickeln. Man rechnet im allgemeinen mit einem Verbrauch von 1 Kilowattstunde je Quadratmeter und Tag. Derartige Kabel sind übrigens, in Treibhäusern ausgestreckt, als zusätzliche Heizung zu benutzen. Des weiteren seien die elektrischen Schaltuhren erwähnt, die anlässlich dazu dienen, die elektrische Beleuchtung ganzer Straßenzüge zu einer vorausbestimmten Zeit selbsttätig anzuschalten, heute jedoch auch auf einer Reihe anderer Gebiete Verwendung finden. In mancher Beziehung einer Weckeruhr gleichend und, wie diese, das Rasselwerk, zur eingestellten Zeit den Strom an- oder abschaltend, werden diese Apparate heute im Zusammenhang mit der Nachtbeleuchtung von Schaufenstern, Hühnerställen und dergleichen benutzt und auch zur Bedienung elektrischer Kochherde und Futterdämpfer herangezogen. Schließlich sei noch ein neuer Spannungsprüfer angeführt, der den bisher verwendeten Prüfampfen gegenüber Vorzüge besitzt. Äußerlich wie ein Kabelstück aussehend, das an den Enden mit Metallspitzen versehen ist, besitzt der Spannungsprüfer im Innern einen sehr hohen Widerstand in Hintereinanderschaltung mit einer Neongasröhre. Wird diese Vorrichtung an Spannung angelegt, so genügt der sich einstellende außerordentlich schwache Strom schon, um die Röhre zum Leuchten anzuregen, das um so stärker auftritt, je höher die Voltzahl. Der Spannungsprüfer kann für Spannungen bis 750 Volt benutzt werden und dient ferner dazu, festzustellen, ob Wechselstrom oder Gleichstrom zugegen ist. Im letzteren Falle zeigt das Auftreten eines leuchtenden Kreuzes sofort, wo die Plusleitung des Netzes liegt.

Die Vorzüge des Nickel-Eisen-Akkumulators

Stehen die Akkumulatoren auf der Höhe ihrer Vervollkommnung? Wird es möglich sein, noch andere Akkus aufzufinden außer dem bekannten Blei- und Nিকেleisen- oder Edisonakkumulator? Solche und ähnliche Fragen werden sehr häufig gestellt, und während die erstere entschieden mit ja zu beantworten ist, muß die letztere leider verneint werden. Der jüngere der beiden erwähnten Akkus ist 1901 von Edison erfunden worden, es versingen aber immerhin noch mindestens 10 Jahre, bis dieser Sammler praktisch richtig durchgebildet war.

Verglichen mit dem Bleiakкумуляtor, stellt sich der Eisen-Nickelakkumulatore unter sonst gleichen Umständen annähernd doppelt so teuer, jedoch besitzt er eine Reihe von Vorzügen, die der andere nicht aufzuweisen hat. Dies hat denn auch dazu geführt, daß der Edisonakkumulatore neben dem Bleiakкумуляtor unbestrittene Sondergebiete sich erringen konnte; er ist, bei geringerem Gewicht, von unverwundlicher Bauart und unerreichter Lebensdauer. Vor allem zeichnet er sich dem Bleiakкумуляtor gegenüber durch Unempfindlichkeit gegen Stoß, Kurzschluss, Überladung, gänzliche Entladung, hohe und tiefe Temperaturen aus. Vorzüge, die ihn ganz besonders für den elektrischen Antrieb von Fahrzeugen aller Art geeignet machen. Die Säure fehlt hier gänzlich. Als Elektrolyt wird Kalilauge verwendet, der von Zeit zu Zeit etwas destilliertes Wasser zuzusetzen ist. Schädliche Gase treten beim Laden nicht auf; dazu kommt dann noch, daß die geladene Zelle praktisch keine Selbstentladung zeigt. Nickel-Eisenbatterien können jahrelang geladen oder ungeladen stehen, ohne daß Schädigung eintritt. Nickelzellen finden hauptsächlich Verwendung für Grubenlampen, Handlampen, für Wagonbeleuchtung, ferner für die Zwecke des Rundfunks und des Fernsprechs sowie insbesondere für Motorradbatterien und Elektrokarren.



Familie und Heim



Der entlassene Fürsorgezögling

„Wenn ich erst frei bin!“ — Das ist der erste Gedanke am Morgen und der letzte am Abend all der Tausende, die in den Anstalten, die man heute Heime nennt, haften. Und dann haben sie eines Tages die Freiheit. Sie sind entweder von selbst in sie hineingerutscht, da sie 21 Jahre alt geworden waren, oder die Fürsorgeerziehung ist bei gutem Betragen vorzeitig aufgehoben worden. Wertwürdigerweise sprachen jüngst auf dem ostpreussischen Fürsorgeerziehungstag Anstaltsleiter und ein Landesrat sich dahin aus, daß es unzweckmäßig sei, eine Fürsorgeerziehung vorzeitig aufzuheben, wenn der Jugendliche nur noch etwa zwei bis drei Monate bis zum 21. Geburtstag vor sich habe. Zwei bis drei Monate Freiheit? Was heißt das schon? Und dann für so einen Fürsorgezögling? Machen wir eben nicht. Das ist unnötige Arbeit. Der kann warten.

Wie sieht der freigeordnete die Welt und wie sieht sie ihn an? Der junge Mensch hat dort im Heim, das ihn zwei Jahre oder auch noch länger betrennt hat, die Anstaltsbrille angefaßt bekommen. Er selbst hat es nicht gemerkt und die Anstaltsleiter denken sich auch nicht. Im Gegenteil, sie reden und tun immer sehr eifrig, daß sie den jungen Menschen fürs Leben erziehen möchten. Aber das können sie ja gar nicht. Sie tragen schon längst selber die Scheinbrille vor den Augen herum, durch die ihr eigenes Blickfeld beschränkt worden ist. Sauberkeit, Ordnung und Pünktlichkeit erleben noch lange nicht die Freiheit, auch nicht in den sogenannten halboffenen Anstalten. Ein Stubenwogel ist noch lange nicht frei, wenn er im Zimmer herumfliegen darf. Er wird sich immer und immer wieder an den Fensterscheiben stoßen.

Die Anstaltsbrille wird ein Entlassener nicht leicht los. Durch die sieht er die Welt. Die jahrelange Unfreiheit hat ihn unsicher gemacht. Er hat den Rhythmus für die Wirklichkeit verloren. Kaffeehaus, Kino, Straße und das andere Geschlecht — alles sieht er mit anderen Augen. Sie werden ihm um so herrlicher und begehrenswerter erscheinen, je grauslicher man ihm im Heim diese Dinge gemacht hat. Auf das Vagantentum stürzt sich der junge Mensch. Wenn er beim Draußlosgehen fräudelt, dann nennen es die Erzieher: Er konnte die Freiheit nicht tragen! Freiheitshunger ist aber schlimmer als Magen hunger, und derjenige wird ihn niemals erlassen können, der wie auf dieses ursprüngliche aller Menschenrechte verzichtet mußte. Am wenigsten aber verstehen ihn die, deren Aufgabe die Erziehung und Leitung der unter Fürsorge geratenen Menschen ist.

Ein gewisser Teil ehemaliger Fürsorgezöglinge flüchtet zurück ins Heim. Etwas über die Hälfte aller Fürsorgeentlassenen „holen“ sich draußen. Das sind vor allem die, denen eine Arbeitsmöglichkeit geboten wird, die im Heim eine Berufsausbildung erfahren haben oder vollenden konnten. Bei anderen heutigen Arbeitsverhältnissen ist ihnen für den Durchschnittsmenschen die Arbeitsbeschäftigung sehr schwer. Der aber nun auch nur ein ganz klein wenig beschädigte Papiere hat, der muß sich mit doppelter Mühe durchschlagen. Es ist eine ungeheure Anforderung, die da an den jungen Menschen gestellt wird.

Was wird aus denen, die ihr Brot nicht finden? Das Leben stellt sie in irgendeinem dunklen Winkel, wo sie vom Verbrechen

in die Arme genommen werden. „Ehemaliger Fürsorgezögling“ kann man oft genug in Gerichtssälen lesen. Der Stempel der Fürsorge begleitet ihn sein ganzes Leben lang. Seine Taschen sind leer und mit seiner geistigen Verfassung ist es ebenfalls kläglich bestellt. Die Weisheitsbildung, die er in der Anstalt erfahren hat, ist zumeist einseitig, lebensfremd und püchtlig gebogen. Durch die ewige Bevormundung während der Heimzeit krankt er an einem Mangel an Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein; seine innere Persönlichkeit ist geschwächt. So erleben wir es denn oft, daß solche an sich recht wertvolle Menschen aus Notwehr gegen die eigene Schwäche über den Strang schlagen. Sie fallen unweigerlich dem Strafrichter als Unverbesserliche in die Hände. Man nennt sie Entgeisterte, obgleich ihr Leben sich niemals in geordnetem Geleise bewegt hat.

Sagen wir doch nicht, daß die Frage der Entlassenen halb so wichtig sei, denn sie beträfe doch nur verhältnismäßig wenige. Schön und gut. Aber es sind hunderttausend, genau so viele an Zahl, wie unsere Reichswehr stark ist, wenn für sie auch nicht gerade 600 Millionen Mark im Jahr verausgabt werden! Ihr Schicksal aber ist tausendmal grauer als das Kleid der Soldaten. Ihr Feind ist der, dem wir alle gegenüberstehen: die erbärmliche Wirtschaftsordnung.

Freilich schleppen diese Menschen oft genug ein trauriges Stück Erbgut mit sich herum; aber wer weiß, ob nicht in besseren Verhältnissen sich nicht ihre guten Eigenschaften hätten entwickeln können. Wer weiß, was aus uns geworden wäre, wenn uns schlummernde Triebe gemächt worden wären durch Not, durch Schwäche oder durch Verführung? Moralpredigten wirken wie Lohn und eigenes Zuchtbestreben ist nicht als Heuchelei. Ebenfalls sinnlos wäre es, wenn einer plötzlich die Forderung aufstellte, daß alle Fürsorgeheime geschlossen werden müßten. Sie sind ein Vorbehalt, der vorläufig noch unentbehrlich ist. Was wir die Heime gegenüber tun können, das ist, daß wir über sie hinaus entsetzt werden, denn sie wirken mit, die Entlassenen lebensuntüchtig zu machen. Lassen wir uns nicht irrt machen von den herrlichen Programmen, die von Anstaltsleitern zuweilen mündlich oder schriftlich hinausposaunt werden.

Und seien wir m e n s c h l i c h zu den Entlassenen! Helfen wir ihnen, daß sie nicht wieder ausgleiten. Das gilt auch den jungen Gewerkschaftskollegen, in deren Kreis ein Entlassener kommt. Nehmt auch keiner besonders an. Jugend zu sein, so findet den besten Ton. Damit ist nicht nur dem jungen Menschen selbst geholfen, die Gesellschaft wird zugleich geschützt vor einem Gesellschaftsfeindlichen, zu dem jeder werden muß ohne echte Kameradschaft, ohne Freundschaft. Es wird immer entscheidend sein, ob das Gute in uns angestochen wird oder ob es brach liegen bleibt.

Viele Dinge sind es, die den Entlassenen an keinem Vorhaben hindern, ein besseres Leben von vorne anzufangen. Den Hauptanteil der Schuld trägt das Schicksal, nicht der Wirt selbst. Aber es wäre nur zu begreifen, was damit anzufangen zu haben, indem wir die Schuld von uns abwälzen. Warum stehen wir denn noch darnieder? Und wie lange denn noch? Wer kann und muß es ändern?

41 u. S., mit 8 Personen um 50 u. S., mit 9 Personen um 55 u. S., mit 10 Personen um 64 u. S., mit 11 Personen um 65 u. S. und mit 12 und mehr Personen um 67 u. S.

Die großen Haushaltungen sind am zahlreichsten in der Landwirtschaft. Hier umfassen die großen Haushaltungen, in denen über 5 Personen zusammenleben, fast den vierten Teil der Haushaltungen, dagegen in der Industrie und im Handel nur den zehnten Teil. Auf kleine Haushaltungen (2 und 3 Personen) entfallen in der Landwirtschaft kaum 87 u. S., in den übrigen Wirtschaftsteilen beläuft sich der Anteil dieser kleinen Haushaltungen auf ungefähr die Hälfte aller Haushaltungen. Die Durchschnittsgröße aller Haushaltungen beläuft sich in der Landwirtschaft auf 4,32 Personen, in der Industrie und im Handel auf 3,8 Personen und in der Verwaltung und freie Berufe nur auf 3,46 Personen.

Die großen Haushaltungen mit 5 und mehr Personen waren vor dem Kriege am häufigsten bei den Arbeitern zu finden. Sie haben abgenommen, haben sich die Bestrebungen zur Verkleinerung der Familie auch bei den Arbeitern weitgehend durchgesetzt.

Blödsinn wohlhabender Tagelöhne

In einer Zeit steigender Arbeitslosigkeit in fast allen Berufen und damit gesteigerter Massenelends, das Millionen von Volksgenossen zu Hunger und Not verurteilt, in der Hunderttausende Mütter von der Sorge gequält werden, wie sie Milch und Brot für ihre Kinder beschaffen, sinnen nicht nur die „Modellkünstler“ darüber nach, wie sie die Sorgen der „Tame“ vom Morgen bis in die Nacht fernhalten, sondern die Vergnügungsindustriellen zerbrechen sich ihre Köpfe, wie sie wohlhabende Tagelöhner inzwischen sollen. Auf welche schamlosen Blödsinn sie verfallen, zeigt das folgende.

Vor einem Kaffeehaus am Kurfürstendamms zu Berlin drückt mir der Portier eine Karte mit folgendem Ausdruck in die Hand: „Unsern verehrten Kunden werden teilen wir höflichst mit, daß am... 4 1/2 Uhr nachmittags ein Tee“

„Die Dame und ihr Hund“

Kaffeehaus.

Vorführung von Massenhunden: Hundevorführhaus S.

Wir erwarten Sie mit Ihrem Hund.

Mit vorzüglicher Kochkunst

(folgt Name des Cafés)

In der oberen Etage Gedek 2 Nr.

in L. Hundegebet.

Keugierig, welche Auftrags der neueste Blödsinn ausüben würde, begab ich mich in die „obere Etage“ — und siehe da, der „S u n d e t e e“ war bereits in vollem Gange. Schwülstige Luft von Parfüm, Sigmünde und Seide, dazu die entsprechende Musik einer „betrieblen“ Sängerkapelle. Die Damen von Welt und Halbwelt nebst den dazugehörigen Kavaliere besaßigten sich ernsthaft mit der wichtigen Frage, wie man seinem „Liebling“ ein erträgliches Hundeleben bereiteit. Man bewunderte und ließ bewundern, wobei die mitgebrachten tierärztlichen Spielzeuge die Punkte der Annäherung bildeten. Junger in Uniform verteilten zwischen durch an die Jagdpatelle unterstehenden Kaffeehaus feinerpudriger Kaffees — die Kindern gerecht, manch dankbaren Blick hervorzugeubern hätten.

Dieses abstoßende Schauspiel mußte auf jeden unverbildeten Beobachter wie ein Bohr auf die Menschheit und wie eine Anlage gegen die Feindschaften der Gesellschaft wirken. Eine Klasse, die außerdem noch vorgibt und für sich in Anspruch nimmt, gebildet zu sein.

Im Warenhauscafé um die Mittagstzeit

Am 11 Uhr ist es noch ziemlich leer. Vereinzelt kommen die Gäste. Jeder sucht sich einen Tisch für sich, Kuchel und junge Herren, damit die andere Hälfte, die etwas später kommt, auch noch am selben Tisch Platz findet. 12 Uhr. Fast alles besetzt. Unser Tisch ist zusammengewürfelt. Keiner kennt den andern, und doch haben wir etwas Gemeinsames. Jeder für sich ist ein Mensch. So sind wir jetzt ein Ganzes. Und fühlen uns wohl dabei. Jeder weiß, dem andern geht es ähnlich wie mir. Wie das kräht! Vögel fliegen von einem Tisch zum andern. Was bist du für ein Mensch? Und du! Und du? — Warum bin ich allein? Um mich herum sitzen viele Vögel, die die lange Mittagstzeit zum Glückseligkeit nutzen. Im Zimmer zu Hause ist es kalt und Koffeln kosten Geld!

Ein kleines, dickes, goldiges Würschlein trippelt unsicher zwischen den Tischen auf und ab. Es ist mächtig stolz auf seine Kunst, laufen zu können. Wir schauen ihm belustigt zu und ein Vögelchen huscht über die Gesichter.

Die Musik spielt leise, als wollte sie unsere Gedanken nicht hören, sondern sie nur leichter und beschwingter machen. Das Saxophon duzelt. Unwillkürlich wippen die Beine. Warenhauscafé ein Zeichen unserer Zeit!

Ich betrete das Warenhaus, mache meine Einkäufe, lasse mich von der Kellnerin in den nächsten Stock tragen. Hier ist der Friseur. Die Bedienung ist still. Sollte gerade mal alles besetzt sein, kann ich ja hier im Warenhaus inzwischen noch Vorführungen machen. Die Kinder sitzen im Friseursalon auf kleinen Löwen, Elefanten, Pären, Wölfen und ähnlichen Ungeheuer. Sie sind belüdt und denken nicht daran, daß das Haarschneiden eigentlich etwas Unannehmliches ist.

In jedem einzelnen Friseurlaboratorium ist ein Telefon. Ich kann meinen Freunden telefonieren, kann rauchen, mir die Zeit vertreiben, so gut es geht; und im nächsten Stock wartet der Kaffee auf mich. Und nicht nur Kaffee und Süßigkeiten kann ich haben; nein, wenn es mich nach einem guten Mittagessen verlangt, ist auch dies zur Stelle. Und zu Preisen, die auch die kleine Stenotypistin erschwingen kann.

Eine Stunde hatte ich Zeit. Sie ist mir vergangen, ohne daß ich es merkte. Vögel fliegen mir zu — ich erwidere sie. Es ist wie eine Unterhaltung, nur daß sie statt mit dem Mund mit den Augen geführt wird. Meine Zeit ist herum, das Büro wartet.

Dora Böhlmann.

In der Religionsstunde einer stettiner Volksschule erzählt die Lehrerin den freizeithungrigen Mädchen von Adams und Evas Sündenfall und von dem Engel mit dem Flamenschwert, der das Tor des Paradieses bewachte. Nach einer kurzen Pause des Schweigens fragt die Lehrerin, um den Eindruck ihrer Worte festzuhalten: „Was glaubt ihr, haben Adam und Eva gedacht, als sie sich aus dem Paradiese vertrieben haben?“ Pause. Plötzlich ein kleines Mädchen: „Wenn er noch ist, jehn wa wieder rin.“ (Simplicissimus.)

Der Fortschritt der Menschheit besteht darin, alles an Beseitigen, was einem Menschen von dem anderen, eine Klasse von der anderen, ein Geschlecht von dem anderen in Abhängigkeit und Unfreiheit erhält. Es hat keine andere Ungleichheit eine Berechtigung als jene, welche die Natur in der Verteilung des Lebens der einzelnen und zur Erreichung des Naturzwecks schuf. Aber die Naturgesetze werden kein Geschlecht überbieten, weil es damit seinen Naturzweck verfehlt.

„Gott sei mit dem Mann, der heiratet, bevor er eine vollkommene Frau findet. Und Gott sei mit ihm, wenn er sie gefunden hat.“

Ben Fillel, Sekretär des englischen Fabrikarbeiter-Verbandes.

Mein Eid

Weit drinnen im Norden der Stadt hauste der Eisenarbeiter Krüger mit Frau und zwei Kindern in einer jener Kellerwohnungen, in denen Holz und Stein immer fröhlichen Boden finden. Alles enge Nachbarschaft zwang hier die Menschen, aneinander heranzukommen, und wenn das Einzelne des Alltags für alle sehr lohnt, so schloßen sie sich Sozialisten, die für sie „Leben“ bedeuten, auf Kosten irgendeines Ringstiebes ihrer Gemeinlichkeit. An dieser Enge, Leid an schaffen, das noch größer als das eigene, hingen sie genau so wie die Menschen aus höherer Schicht an ihrem Gange, mehr an Geld und Gut zu haben als der andere.

Nach dem einem Jahr ging es den Krügers nicht schlecht. Der Boss hatte Arbeit und die Frau verdiente auch noch etwas mit Aufwartestellen. Da kam in der Fabrik der große Abbau und Krüger, der sein Leben nichts anderes gekannt hatte als Arbeit, war nun arbeitslos. In der ersten Zeit nahm er es nicht so schwer; er ging herum und verzehrte auf seine Kumpel, für die sich schon wieder ein Arbeiter finden würde. Aber dann verging Monat um Monat. Da sah er herum, strebend vor Gesundheit, und war darauf angewiesen, Widerstand zu tun, denn die Frau ging jetzt noch morgens bis abends waschen und putzen; die Arbeitslosenunterstützung reichte ja noch nicht. Er verzehrte die kleine Wirtschaft und die Kinder, so gut es ging, bestellte hier und da ein bißchen herum und hing schließlich an, auf seine Art zu denken. Bisher war das nicht seine hässliche Seite gewesen. Hatte man Arbeit, dann kam man gar nicht auf offenkundig Gedanken und abends lag man die Bettung. Hatte man keine, nahm man sie, ohne sich viel Kopfzettelchen darüber zu machen.

Jetzt war Krüger das besorgt, zu denken. Sommer über kam es vor, daß er alles liegen und liegen ließ und wie ein eingesperrtes wildes Tier in seinem engen vier Wänden auf und ab rannte, hin und her. Aber zu einem Ende kam er nie. Da nahm er den Alkohol zu Hilfe, unter dessen Einwirkung die Kindererziehungsfähigkeit nachließ. Dann schloß er seine Kraft förmlich nach. Aber nicht, rein gar nichts war da, wenn er sie setzen konnte. Darüber geriet er in eine furchtbare Not, fühlte er nur ein paar ungeliebte Wölbung kurz und kein und schließlich mußten auch die Krüger die Frau und dann die Kinder darum glauben, weil er vom Herrn Gelehrten genug hatte.

Die Krügerin kam zu und brachte eine Erschütterung mit. Krüger, bei einem Tages eine postulante Dame vom Fürsorgeamt kam, die herbeigekommenen Frauen, die im gleichen Hause wohnten, schreie und sich allerlei Notizen machte. Dann nahm sie die Kinder mit, ohne auf des Vaters Einverständnis zu hören.

So kam es, daß Krüger eines Tages wegen Kindeswohlbehaltung vor Gericht kam. Die gute n Tochter — sie hatten sie für sich noch alle der vernünftigen Kinderchen zusammen, bis sie es schließlich nicht mehr mit ansehen konnten und Anzeige erließen gegen die Fürsorge. Sie las in der Verhandlung mit feierlicher Stimme alles Gleich lautlich vom Papier ab; daß der Krüger ein — man drück! — im Schicksal immer geschunden habe, und lauter solche Dinge. Auch die Kinder waren da. Die Krüger hatten sie angeschlossen mit überhanden und nun den fürsorglichen Eltern, die ein Frauen in einem Zimmer bestritten hatte, war auch nicht mehr zu sehen.

Jetzt wurde die Krügerin als Ehefrau angegriffen und darauf angeschlossen gemacht, daß sie die Krüger verweigern konnte. Ein Krüger eine Krügerin lang, Krügererzeugung würde Krüger

leistung bedient. Sollte sie den eigenen Mann, mit dem sie doch jahrelang gut gelebt hatte, bis er arbeitslos geworden war, ins Anstalt stoßen? Nein, nein!

„Gleichzeitig spricht sie dem Richter die Eidesformel nach: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen“ — war das nicht derselbe Gott, der zugelassen hatte, daß ihr Mann, der die Arbeit brauchte wie das tägliche Brot, um leben zu können, arbeitslos wurde? Hatte er nicht zugelassen, daß eine bisher brave Familie ins Elend kam? Und nun dem sollte sie noch etwas halten? Es war doch zum Lachen. Krüger, daß der Richter so ernst stehen konnte! Aber vielleicht hatte der von diesem Gott noch eine bessere Meinung? Dem ging es gut.

Der Eid war gut zufriedener der Krügerin geblieben. In die Krügerhergen zu sehen, war der erhabenen Hüterin des Bürgerrechts an unerschütterlich; deshalb hatte man ihr wohl auch eine Binde vor die Augen gebunden.

„Ob ihr Mann sie geschlagen habe? — Was geht es das Gericht an, was mit ihr geschieht, wenn sie sich nicht selbst darüber beklagt? Und sie beklagt nicht daran, sich zu beklagen. Wenn ihr Mann sie schlägt, so tat er es nicht, um ihr weh zu tun; er schlägt sie vor maßlosem Zorn über sich selbst und über seine Ohnmacht, trotz gebrochener Körperkraft sein Schicksal nicht weiser zu machen. Viel lieber hätte er sie und die Kinder in Wohlleben geliebt. Aber die Krüger konnten das ja nicht verstehen; sie hatten es nicht nötig, ihre Frauen zu schlagen. Und jetzt tragend macht sie ihre Aussage: „Mein Mann hat mir nie geschlagen und auch die Kinder nicht — aber nur mal lang gefaselt, wenn sie mal ausjefressen hatten.“

„Mein Eid“ stellt es da von der Krügerin. „Mein Eid“ pflegt es sich fast in den Hofraum. Einmal heißt die Frau vor ihrem Richter... Der scheint den Krügerin überhört zu haben. Der Gerichtshof steht sich zur Bestätigung bereit.

„Zwei Monate Gefängnis mit Nahrungssperre“ lautet das Urteil.

„Gut angeschlossen verläßt die Frau mit ihrem Mann den Gerichtshof. Staatsanwalt und Fürsorgeamt stehen die Köpfe zusammen — im Namen der Gerechtigkeit... und eine sensationslüpferne Menge röhrt: „Mein Eid, Mein Eid!“ Grotl Slogau.

Die Verkleinerung der Familie

Der Drang zur Verkleinerung der Familie wird immer deutlicher spürbar. Früher gab es wenig Kinder nur bei den Reichen, heute ist dies in allen Bevölkerungsschichten zu beobachten. Deutliche Beweise hierfür sind die Bevölkerungsstatistik des Statistischen Landesamts Hamburg. Die Größe und Zusammensetzung der Haushaltungen und Familien im hamburgischen Staat vom Jahre 1880 werden den vom Jahre 1910 gegenübergestellt. Die durchschnittliche Größe der Familienverhältnisse im hamburgischen Staat betrug 1910 4,20 Personen; im Jahre 1880 auf 3,82 Personen. Die kleinen Familien nahmen wesentlich zu, während die größeren abnahmen. Nach folgender Tabelle die veränderten Verhältnisse hervor, wenn wir die größten Familienverhältnisse mit den größten vergleichen: Im Verhältnis zu 1880 verminderten sich die Familienverhältnisse mit 2 Personen um 77 u. S., mit 3 Personen um 76 u. S., mit 4 Personen um 43 u. S. und mit 5 Personen um 4 u. S.; dagegen fanden die Familien mit 6 Personen um 24 u. S., mit 7 Personen um



Sozialpolitik



Die Welt ist Leiden nur

Ein Weiser hatte einst der Schüler drei,
Die zog er vor aus der Gefährten Reih'
Um sie zu prüfen, sandte er sie aus
Als Weltdurchforscher fern vom stillen Haus.
Im Nichts verrann so manchen Jahres Flug,
Sie kehrten wieder — und der Meister frug
Den Ersten: „Sag, was du erfahren hast,
Wie du das Wejen dieser Welt erlast?“
Der Erste sprach — hell loderte sein Blick:
„Ich kehre reich beschenkt zu dir zurück,
Denn, wo Natur, stets schaffend, sich erhebt,
Wo immer sie den bunten Teppich webt:
Ewige Schönheit — tropend dem Vergehn,
Ward mir geossenbart — Ich hab' geseh'n!“
Der Zweite schaute ernst, doch stolzen Blicks:
„Ich lerni begreifen Bahnen des Geschicks;
Der Menschen Weisheit und Eigenwahl,
Wie sie zusammenhält Gefesbeskraft,
Sinn des Vergang' nen, gegenwärtig Land,
Sorge für Zukünftsweg. — Ich hab' erkannt!“
Da kehrt zum Dritten sich der Meister hin,
Der stand und schwieg. . . „Was schaffi dir trüben Sinn?
Du linderst nicht das Wort, das mir verkündet,
Wie du das Wejen dieser Welt eigründet?“
Er neigt das Haupt: „So hoch geht nicht mein Flug.
Eins fand ich nur — doch dünkt es mich genug;
Ein heil'ger Schmerz die Seele mir durchschneidet:
Mitleid mit allem, was da lebt und leidet.
Kaum kann ich's lassen, was mich heiß durchwühlt.
Die Welt ist Leiden nur. . . Ich hab' gefühlt!“

Krankenversicherung bei Wirtschaftskämpfen

Nach einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung laufen in diesem Jahre viele Lohnsätze ab. Von den einzelnen Industriearten sind an den Abläufen beteiligt die Metallindustrie mit 123 000 Arbeitsträften im ersten und über 600 000 im zweiten Halbjahr. Insgesamt wird unter Verhand mit rund dreiviertel Million Arbeitsträften an diesen Tarifabläufen beteiligt sein. In der Zeit vom 1. April bis Anfang Oktober dieses Jahres laufen Tarife für rund 8 1/2 Millionen Arbeiter ab. Es stehen also Wirtschaftskämpfe zu erwarten.

Welche versicherungswirtschaftlichen Folgen sind mit Eintritt eines Streiks oder einer Aussperrung verbunden?

Nach der kündigung Rechtspraxis dauert das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis solange fort, bis es tatsächlich gelöst ist. Das ist dann der Fall, wenn die Verfügungsmacht des Unternehmers über den Arbeiter endigt. Das Reichsversicherungsamt hat in einer Entscheidung (29. September 1922) den Grundsatz aufgestellt, daß ein Streik der Arbeiter eines Betriebes in der Regel die Wendingung des versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses zur Folge habe. Denn wie lange die durch die Arbeitsunterbrechung bedingte Unterbrechung der Beschäftigung dauere und ob eine Wiederaufnahme der Arbeit überhaupt statfinde, bleibe der Beginn eines Streiks zunächst ungewiß; das Ende der Unterbrechung sei nicht absehbar. Die Wiederaufnahme der Arbeit hänge auch nicht allein vom Willen des in den Streik getretenen Arbeiters, sondern von den Verhandlungen und dem Ausgang des Streiks ab. Diese versicherungswirtschaftlichen Erwägungen hätten in einem viel größeren Maße Geltung bei Aussperrungen, die auf Beschluß der Unternehmer stattfänden. Scheide der Versicherte wegen der Aussperrung, die ja doch aus einer Nichtbeschäftigung bestehe und den Arbeiter erwerbslos mache, aus der Krankenkasse aus, dann seien für die Dauer der Erwerbslosigkeit die Voraussetzungen des § 214 RVO erfüllt. Wollte sich der Versicherte darüber hinaus den Anspruch auf Krankenhilfe erhalten, dann müsse er von dem Recht der Weiterversicherung nach § 818 RVO Gebrauch machen.

Die praktische Anwendung dieser Entscheidung nimmt gerade bei den Betriebskrankentassen eine besondere Form an. Bei den Orts-, Landes- und Innungskrankentassen endet trotz dieser Entscheidung die Pflichtmitgliedschaft der Versicherten erst mit dem Tage der Abmeldung durch den Unternehmer. Gingen bei den Betriebskrankentassen sofort mit Eintritt in den Streik. Bei ersteren Klassen sind die Beiträge bis zum Tage der formellen Abmeldung durch den Unternehmer zu entrichten. Bei den RVO ist eine formelle Abmeldung der Versicherten durch den Unternehmer nicht gefordert. Beiträge sind nur bis zum Ende der Mitgliedschaft zu zahlen.

Gemäß § 214 RVO verbleibt den Versicherten, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt, für seine Person der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse. Das gilt auch für die Familienwochenhilfe, weil ja der Versicherte der Träger der Familienhilfe ist und die Familienwochenhilfe zu den üblichen Leistungen der Krankentassen zählt; jedoch müssen die üblichen gesetzlichen Voraussetzungen gleichfalls vorliegen. Sterbegeld ist auch nach Ablauf der drei Wochen zu gewähren, wenn dem Versicherten Krankenhilfe bis zum Tode geleistet worden ist.

Will sich der Versicherte jedoch bei Wirtschaftskämpfen den Anspruch auf die Kassenleistungen sichern, so muß er unbedingt von dem Recht der Weiterversicherung gemäß § 818 RVO Gebrauch machen. Nach dieser Vorschrift ist die Angehörige der Weiterversicherung binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden der Kasse anzuleiten. Wer jedoch in der zweiten oder dritten dieser Wochen erkrankt, hat für

diese Krankheit nur dann Anspruch auf die Kassenleistungen, wenn er die Anzeige bereits in der ersten Woche gemacht hat. Unter Nachleistung sind zu verstehen: Höheres Krankengeld, Krankenpflege für Angehörige, höheres Sterbegeld für den Versicherten, Familiensterbegeld usw.

Wie wird die Anzeige der Weiterversicherung bei Streik und Aussperrungen am praktischsten ausgeführt?

Die Anzeige der Weiterversicherung ist nicht an eine bestimmte Form gebunden; sie braucht auch nicht von dem Versicherten persönlich gemacht zu werden. Eine Anzeige durch einen bevollmächtigten Dritten genügt. Die Wirksamkeit der Anzeige hängt aber davon ab, ob die Vollmacht und der Auftrag zur Abgabe der Erklärung ordnungsmäßig und bestimmt von jedem Arbeiter erteilt sind. Denn es muß feststehen und ersichtlich sein, daß der Einzelne, der nur für sich die Weiterversicherung herbeiführen kann, sich weiterversichern will. Ein Mehrheitsbeschluß einer Beschäftigtenversammlung genügt nicht. Der Wille des Einzelnen, sich weiterzuversichern, muß so deutlich sein, daß er der Kasse als solcher erkennlich ist. Es muß im Falle einer gemeinsamen Anzeige der Nachweis der Vertretungsmacht durch Unterschriften der beteiligten Arbeiter unter eine Sammelerklärung auf einem oder mehreren Schreibblättern erfolgen. Diese Sammelerklärung wird dann von einigen Mitgliedern der Betriebsvertretung der Geschäftsleitung der Kasse überreicht. — Andernfalls fehlt es an der erforderlichen Bestimmtheit und Sicherheit dafür, daß die einzelnen Versicherten und welche von ihnen sich weiterversichern wollen.

Werden diese Voraussetzungen nicht erfüllt, dann kann die Geschäftsleitung der Kasse die Erklärung zurückweisen. Denn ein einzelnes Rechtsgeschäft, wie es auch diese Anzeige ist, ist unwirksam, wenn der Bevollmächtigte die Vollmachtsurkunde nicht vorlegt und der Empfänger der Erklärung die letztere aus diesem Grunde zurückweist.

Bei freiwilliger Weiterversicherung bleibt die Versicherung so bestehen, wie sie vor dem Ausscheiden des Versicherten aus der Pflichtversicherung bestand. Ist jedoch bei der Abgabe der Erklärung gemäß § 818a RVO eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß die Weiterversicherung in einer niedrigeren Beitragsstufe oder Grundlohnklasse erfolgen soll, so können für den jeweiligen Versicherungsfall nur die Leistungen der vereinbarten Grundlohnstufe beansprucht werden. Denn den Versicherten stehen die Kassenleistungen ausschließlich nach Maßgabe ihrer Weiterversicherung zu.

Welche Folgen hat das Erlöschen der Versicherungspflicht auf die Stellung der Versichertenvertreter im Vorstand und Ausschuss einer Krankenkasse?

Die Versichertenvertreter in den Kassenorganen werden sich natürlich ebenfalls freiwillig weiterversichern. Wer aber die Mitgliedschaft bei einer Betriebskrankenkasse freiwillig fortsetzt, ist gemäß § 810 RVO nur solange wählbar, als er dem Betrieb angehört. Diese Voraussetzung ist bei einem Wirtschaftskampf nicht mehr gegeben. Es würde demnach bei jedem Wirtschaftskampf der Fall eintreten, daß eine Betriebskrankenkasse ohne Leitung wäre.

Diesem unzulässigen Zustand ist insofern durch gesetzliche Bestimmungen vorgebeugt. Nach der RVO (§ 24) kann ein Versichertenvertreter nur durch Beschluß des Versicherungsamtes seines Amtes enthoben werden. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, bei vorübergehendem Wegfall der Wählbarkeit (Streik, Aussperrung) die Versicherten in den Kassenleitungen im Amte zu erhalten, weil zu ihrer Amtsenthebung ein ausdrücklicher Beschluß des Versicherungsamtes erforderlich ist.

Entwicklung der Sozialversicherung im Jahre 1928 und 1929

Nach der soeben erschienenen, im Reichsversicherungsamt bearbeiteten „Statistik der Sozialversicherung 1928 mit einem Blick auf das Jahr 1929“ (Beilage zu Nr. 12 der Amtlichen Nachrichten für Versicherungsangelegenheiten, Teil IV des Reichsanzeigerblattes) haben die Beitragseinnahmen der Träger der Sozialversicherung mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1928 8,9 Milliarden Mark betragen.

Nimmt man die Vermögenserträge und sonstigen Einnahmen (einschließlich der Aufwertungsbeiträge für das alte Vermögen) hinzu, so ergibt sich für die Sozialversicherung (ohne Arbeitslosenversicherung) eine Einnahme von zusammen rund 4,2 Milliarden Mark. Die Gesamtausgaben stellen sich auf beinahe 8,4 Milliarden Mark. 8,1 Milliarden Mark auf die Ausgaben für Pflicht- und freiwillige Leistungen entfallen, was 82 vH aller Ausgaben entspricht. Für Verwaltungslohn wurden insgesamt 8,8 vH der Beiträge verbraucht. Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben um mehr als 778 Millionen Mark, so daß das Gesamtvermögen im Laufe des Jahres 1928 von 2,6 Milliarden auf rund 3,4 Milliarden Mark anwachsen konnte.

Die Überschüsse der Einnahmen sind verhältnismäßig niedrig; sie erreichen nicht die Höhe, die für eine gesicherte Weiterentwicklung namentlich bei der Rentenversicherung eigentlich notwendig wäre. Die Summe der reinen Überschüsse aller Versicherungsarten beträgt mit 772 Millionen Mark nur knapp ein Viertel einer einzigen Jahresleistung.

In der Krankenversicherung wurden insgesamt 1,96 Milliarden Mark vereinnahmt und 1,87 Milliarden Mark (davon 1,78 Milliarden für Pflicht- und freiwillige Leistungen) verausgabt. In der Unfallversicherung stellten sich die Einnahmen auf 308 Millionen und die Ausgaben auf 377 Millionen Mark. Die Invalidenversicherung vereinnahmte 1,242 Milliarden Mark (davon 1,08 Milliarden an Beiträgen) und verausgabte 938 Millionen Mark (davon 750 Millionen für Pflicht- und freiwillige Leistungen). In der knappschaftlichen Rentensicherung der Arbeiter überstiegen die Einnahmen mit 180 Millionen die Ausgaben mit 192 Millionen nur um ein geringes, während in der knappschaftlichen Rentensicherung der Angestellten bei 34,4 Millionen Einnahmen und 35,2 Millionen Ausgaben der schon erwähnte Behaltbetrag eintrat. In der Angestelltenversicherung beliefen sich die Einnahmen auf 359 Millionen Mark und die Ausgaben auf 121 Millionen Mark. In der Arbeitslosenversicherung einschließlich der Maßnahmen zur Verhütung und Vermeidung der Arbeitslosigkeit sowie derjenigen der Krisenunterstützung wurden rund 1 Milliarde aufgewendet. Ein Vergleich der einzelnen Zweige hinsichtlich ihrer Ausgaben und Einnahmen kann wegen des verschiedenartigen Aufbaus nicht vorgenommen werden.

Für das eben abgelaufene Jahr 1929 können nur geschätzte Angaben und auch solche nur teilweise geliefert werden. So ist das finanzielle Ergebnis der Krankenversicherung noch ungewiß. Es wird sich in ihm aber der infolge der großen Fälle außerordentlich hohe Krankenstand des ersten Vierteljahres 1929 auswirken. In der Unfallversicherung können die gesamten Ausgaben auf etwa 400 Millionen geschätzt werden. In der Invalidenversicherung dürften sich die Einnahmen auf 1,213 Milliarden erhöhen und die Ausgaben auf 908 Millionen Mark ansteigen. In der Angestelltenversicherung werden die Gesamteinnahmen auf 490 Millionen Mark und die Gesamtausgaben auf 186,5 Millionen sich belaufen.

Es kommt in diesen Zahlen sowohl für das Jahr 1928 als auch für das Jahr 1929 indessen nicht zum Ausdruck, daß auch das Reich eine Reihe von Aufwendungen für die soziale Versicherung zu tragen hat.

Der Gesamtwert der Sozialversicherungslastung läßt sich nicht in Riffen umfassen. Ihr nicht in Zahlen zu berechnender Wert für das Volksganze liegt in der planmäßigen Arbeit im Dienste der Gesundheit, in der Stärkung und Erhaltung der Arbeitskraft und damit auch zum Nutzen der Wirtschaft.

Was muß man von der Volksfürsorge wissen?

Die Volksfürsorge ist ein von den Gewerkschaften und Genossenschaften im Jahre 1912 gegründetes Versicherungsunternehmen, geschaffen, um jedem Volksgenossen ohne Ansehen der Person, der Partei und der Religion eine gute und billige Lebensversicherung zum Selbstkostenpreis zu bieten.

Die Gründer haben der Zweckmäßigkeit wegen und auf den Rat Sachverständiger die Form der Aktiengesellschaft gewählt, durch die Art der Bestellung der Geschäftsleitung aber Sicherheiten geschaffen, daß sie nicht eine Aktiengesellschaft im üblichen kapitalistischen Sinne werden kann. Auf das Aktienkapital in Höhe von 2 1/2 Millionen Mark ist eine Million Mark in bar einbezahlt, während für die restlichen 1 1/2 Millionen Mark der Gegenwert in rücküberbindlichen Verpflichtungen der Aktionäre vorhanden ist. Es ist je zur Hälfte von den Gewerkschaften und Genossenschaften gezeichnet. Die Aktien, 7000 an der Zahl, und zwar 5000 zu 100 M (aus der Infation gerettet) und 2000 zu 1000 M (beschlossen im November 1927) bleiben in Händen der Gewerkschaften und Genossenschaften, dürfen nicht an der Börse gehandelt und nur mit Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat der Volksfürsorge übertragen werden. Durch diese Bestimmungen ist die Garantie gegeben, daß der gewerkschaftlich-genossenschaftliche Charakter der Volksfürsorge nicht verwischt werden kann.

Die Führung der Gesellschaft ist: 1. Generalversammlung, 2. Aufsichtsrat, 3. Vorstand. Diese Körperschaften, je zu 3 Gliedern von den Zentralen der Gewerkschaften und Genossenschaften Deutschlands besetzt, entscheiden in allen wesentlichen Fragen. Diese Einrichtung gewährleistet, daß der demokratische Charakter des Unternehmens gewahrt bleibt.

Nach dem Statut der Volksfürsorge werden auch die örtlichen Verwaltungskommissionen, die zur Überwachung und Förderung der Rechnungstellen gebildet sind, je zur Hälfte aus Funktionären der Gewerkschaften und Genossenschaften zusammengeleitet. Auch hierdurch wird der Beweis erbracht, daß die Gründer sich des demokratischen Gedankens der Volksfürsorge bis ins Letzte bewußt gewesen sind. Es wird Sache der Genossenschaftler und Gewerkschaftler selbst sein, diesem Grundsatz dadurch Geltung zu verschaffen, daß die Verwaltungskommissionen in der gedachten Weise bestellt werden.

Der Angestelltenzweifel

Die fortschrittlichen Angestelltenverbände streben danach, den Vorteil des Krankentassenwesens auch den Angestellten teilhaftig werden zu lassen. Eine gegenseitige Ansicht vertreten jedoch einige Splitterverbände, so die Vela (Vereinigung der leitenden Angestellten), der Bund der angestellten Akademiker der technisch-naturwissenschaftlichen Berufe und neuerdings auch der Reichsverband der deutschen Presse (Vereinigung deutscher Redakteure und Journalisten). Auch von diesen Organisationen wird wohl kaum bestritten werden können, daß ein Versicherungsbedürfnis besteht. Die drei Millionen Mitglieder der privaten Versicherungsunternehmen beweisen dieses Bedürfnis. Der Reichsverband der deutschen Presse weist sogar ausdrücklich auf die Mitgliedschaft bei einer Privatversicherung hin. Man will nur nicht der gleichen Institution mit gewöhnlichen Arbeitern angehören. Der Zweifelszweifel in Reinkultur. Es ist schwer verständlich, daß so großer Wert darauf gelegt wird, für seine Beiträge geringere Leistungen zu erhalten, als bei den reichsgesetzlichen Krankentassen (7,7 vH der Beitragseinnahmen bei der privaten Krankenversicherung gegenüber 9,8 vH bei den reichsgesetzlichen Krankentassen) und zu verhältnismäßig hohen Verwaltungslohnbeiträgen (19,7 vH der Gesamtausgaben gegenüber 6,7 vH bei den reichsgesetzlichen Krankentassen).

Der Alkohol und der menschliche Körper

Wenn wir ein Glas Wein, Bier oder Schnaps zu uns nehmen, so tritt der darin enthaltene gewesene Alkohol eine Wanderschaft fast durch unseren ganzen Körper an. Zunächst tritt er durch die Darmwand ins Blut, welches — einen gefunden Körper vorausgesetzt — bei manchen Betrunknen bis zu 0,12 vH reinen Alkohol enthalten kann. Mit dem Blutkreislauf wandert der Alkohol bis auf einen geringfügigen Rest, der durch den Darm und die Atmung ausgeschieden wird, in die Gewebe des Körpers, wo er mehr oder weniger rasch verbrannt wird. Die zu diesem Prozeß erforderliche Zeit hängt von der Trinksittigkeit der einzelnen Person ab. An Alkoholgenuss gewöhnte Personen bewältigen ihn gewöhnlich innerhalb 7 bis 8 Stunden, während Nichttrinker im allgemeinen hierzu die doppelte Zeit benötigen. Da der in die Gewebe dringende Alkohol mit der Zeit aber gewisse Veränderungen in diesen bewirkt, so erweitern sich diese häufig zur Herbförderung anderer schädlicher Reime, welche in sie dringen, ungeeignet. Aus diesem Grunde erweitern sich Alkoholiker vielen Krankheiten (Entzündung der Lunge usw.) gegenüber zumeist viel weniger widerstandsfähig als Abstinenzler.

Förderung des Kleinwohnungsbaues

In einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium haben ADGB, Afa und AVB Vorschläge gemacht, um die bedrohliche Lage des Bauamtes zu heben. So wurde unter anderem verlangt, die privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten durch Herabsetzung der Prämien und durch stärkere Finanzierung des Wohnungsbaus zu verpflichten. Allein die deutsche Lebensversicherung verfügt zurzeit über Anlagewerte von rund 1,6 Milliarden Mark. Da ist es wichtig, zu erfahren, daß die Volksfürsorge seit Beginn der Inflation insgesamt 36 Millionen Mark für den Genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaubau hergab, ungeachtet der für den kommunalen Wohnungsbaubau zur Verfügung gestellten beträchtlichen Mittel, und zwar zu Bedingungen, die für die Darlehensnehmer weit günstiger sind, als wenn sie sich die Kapitalien auf dem freien Geldmarkt beschaffen hätten. Über die Prämien-einnahme des Jahres 1928 ist bereits in gleichem Sinne verfügt worden. Mit der freigewerkschaftlichen Bewegung hat sich ein enges Zusammenarbeiten herausgebildet. Tausende von Arbeitnehmern sind durch die Volksfürsorge zu menschenwürdigen Wohnungen gekommen und viele Arbeiter hatten dadurch Beschäftigung.

Die Schwerhörigkeit der Kesselschmiede

In den leiningrader Kesselschmieden wurden umfangreiche ärztliche Untersuchungen über die Verursachung der Kesselschmiedekrankheit — Schwerhörigkeit oder Taubheit — angestellt. Bei mehr als 70 vH der mit pneumatischen Instrumenten arbeitenden Kesselschmiede fand man eine Erkrankung der Gehörorgane. Nach etwa 10 Jahren geht der Kesselschmied der Hälfte seiner Gehörkraft verlustig; nach 20 Jahren verliert er weitere 20 vH. Danach ertaubt er. Die Verluste durch Verloren der Ohren mit Waite das Gehörorgan zu schützen, führen zu keinerlei merklichen Erfolgen. Auch längerdauernde Berufsunterbrechungen führen auf längste Zeit und Stärke der Erkrankungen keinen Einfluß aus. Jedoch bieten akustische Kautschuk- und euerige Mittelohrentzündungen dem inneren Ohr einen gewissen Schutz vor Schallwirkungen. Andererseits fördert vorausgehende Siphilis die Erkrankung des Gehörnerven bei Einwirkung harter Schallreize.



Verbandsleben



Wirtschaftsschule Dürrenberg

Die Ausführungen des Kollegen Delling in Nr. 1 der MR werden zweifellos von der überwiegenen Mehrzahl derer, die bereits Gelegenheit hatten, Schüler in Dürrenberg zu sein, gleich der Schriftleitung mit einem „Sehr, sehr richtig!“ beantwortet worden sein. Auch ich muß dem auf Grund eigener Erfahrung vollkommen zustimmen. Es handelt sich hier auch durchaus nicht um etwas Neues, Niedrigwertiges, sondern um Dinge, die zu den selbstverständlichen Verpflichtungen anderer, zum Beispiel Vortragsleiter, gehören. Entscheidend für die Beurteilung der Vorschläge ist freilich die Frage der Zweckbestimmung der einzelnen Kurse. Ein Kurs von drei- bis vierwöchiger Dauer kann selbstverständlich aus den Teilnehmern keine Profis machen. Zweck der Kurse ist aber gleichfalls nicht, Schwächer, Vielwisser zu erzeugen! Davon hat die Arbeiterbewegung hinreichend genug.

Bei einigen guten Willen aber ist bei praktischer Anwendung des ersten Vorschlags zweifelsohne ein guter Erfolg unaussprechlich. Was den zweiten Vorschlag angeht, so ist zu sagen, daß meines Wissens von den Schülern einige schriftliche Arbeiten schon jetzt verlangt werden. Dies wäre also zu verstärken. Die schriftliche Vorlegung behandelte Gegenstände und eine Durchsicht und etwaige Korrekturen dürften mich unbedingt erforderlich. So erst wird es möglich, daß der Schüler ein Urteil über die Güte seiner Arbeit, die Korrektheit seiner Denkart erhält.

Es mag bestimmte Absicht der Schulleitung sein, die Kollegen, die vom Amtsbau und vom Schraubstock auf die Schule kommen — und denen eine geistige Arbeit Schwierigkeiten bereitet, weil ungewohnt, nicht zu überanstrengen, um nicht mehr Schaden als Nutzen zu stiften. Indes: Soll unsere Schule ihren Zweck und hohen Sinn ganz erfüllen, dann muß oberster Grundsatz sein: gründliche Durchdringung der Probleme — nicht nur im Hörsaal, sondern tätige Mitarbeiter sollen die Teilnehmer der Kurse, insbesondere der Oberstufe sein, damit die Saat, die hier gesät wird, tausendfältige Frucht bringt.

Ich möchte folgenden Vorschlag machen: Man füge den Lehrplan für Sozialpolitik um mindestens die Hälfte und verwende die gewonnenen Zeit zur Erlernung von Buchführung und Bilanzen. Die Notwendigkeit der Kenntnis der Sozialgesetzgebung und ihre Anwendung will ich nicht verkennen, möchte aber behaupten, daß diese Bildungseinrichtungen und die Arbeiterpresse zur Vermittlung genügen. Zwei Tage Vortrag über die Geschichte des VVA kann man uns auch schenken, weil sie wohl den meisten Funktionären geläufig ist. Man bringe dafür mehr von Rationalisierung und wissenschaftlicher Betriebsführung. Zur Vermittlung des dort Gelernten an möglichst viele Kreise unserer Kollegen gehört die richtige Weitergabe. Dazu ist nötig, was Kollege Heilig vorschlägt: Unterweisung in Medekunst und schriftlichen Arbeiten mit Prüfung. Diese Prüfungen können vielleicht ein Wertmaß sein für die Zulassung besonders befähigter Funktionäre zum Oberkurs. Eine stichwortartige Niederschrift aller Vorträge durch die Lehrer dürfte neben eigenen Aufzeichnungen als wertvolles Material dienen bei späterer Verwendung durch den Funktionär.

In Sachen der Medekunst mag ich dem Kollegen Heilig vollkommen zustimmen. In dem letzten Dreimonatskurs ist dieser Vorschlag mehrmals erörtert worden, aber es fehlte an Zeit, dieses Vorhaben durchzuführen. Ich möchte aber empfehlen, in Zukunft auch die Medekunst zu behandeln. Den zweiten Vorschlag des Kollegen Heilig kann ich aber nicht verstehen. Hat er denn in der Schule keine schriftlichen Arbeiten zu machen brauchen? Ich war zweimal in Dürrenberg, habe aber immer schriftliche Arbeiten machen müssen und bei dem letzten Kurs hatten wir fast immer eine Aufgabe zu bearbeiten und wir haben viel dabei gelernt. Ich nehme auch an, daß wir gewisse Grad genaugen auf unsere Fehler aufmerksam gemacht hat. Du siehst also, Kollege Heilig (auch die Schriftleitung), daß der zweite Vorschlag schon verwirklicht ist. Bei kurzen Kursen von 14 Tagen und noch kürzeren würde ich keine schriftlichen Arbeiten empfehlen, da die Schüler dann keine Zeit zur Ausprägung bedürfen und auch die Lehrer nicht genügend Zeit zur Verfügung haben, um die Aufsätze gut durchzusehen und im Unterricht zu besprechen.

Beim Reichsbeirat der Betriebsräte in Stuttgart

Ein Teilnehmer an der Sitzung des Reichsbeirates der Betriebsräte sendet uns einen langen Bericht über seine Eindrücke. Wir lassen davon das Wesentliche hier folgen.

Die Teilnehmer an dieser außerordentlichen Versammlung und Reichsbeirat sind im Reichsbeirat der Betriebsräte in Stuttgart. Man sieht da prächtige Gebäude, die der Arbeiter auf eigene Kosten niemals bauen würde.

Die Konferenz legte im Hauptberichtsamt Schlußbilanzen vor, aus denen man einen wunderbaren Blick auf das unter im Land und an den Ausbeuten liegende Stuttgart gewinnt.

Bei dem Vortrag der Genossin Frau Seiber über die deutsche Handelspolitik kam zur Debatte, daß sich manche Betriebsräte bei sozialdemokratischen Abgeordneten für erhöhten Schutz gegen ausländische Autos einsetzen. Man kann dann sagen, wie leicht Betriebsräte aus Sorge um das Wohl des Einzelbetriebes, den sie vertreten, zum gewöhnlichen Handel mit den Unternehmern kommen. In der Frage der Schlichtung ist, wie man sieht, den Unternehmern die Vorfälle der Betriebsräte sehr willkommen, auf die sie ja gut reagieren. Aus dem Bericht der Unternehmer in diesem Falle ist der Schluß zu ziehen, daß es ihnen auch in der Volkfrage auf alles nur um ihr eigenes Wohl und nicht das der Arbeiter zu tun ist. Frau Seiber war die Stimmung des Widerstands gegen die Politik der Genossin Seiber über die Errichtung von Schlichtung durch ausländische Kapitalisten in Deutschland und des Kollegen Demmer, der den gesetzlichen Schutz durch den Reichsbeirat und die Errichtung ausländischer Unternehmungen in Deutschland begrüßte. Die arbeitenden Kollegen werden natürlich wenig danach fragen, wer ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten bringt. Ihnen wird vor allem daran liegen, überhaupt welche zu guter Bezahlung zu bekommen. Sie behaupten, daß bei jeder wichtigen Angelegenheit immer die besten Beschäftigten vorhanden sind. Gerade das ist jedoch die Ursache der Mangel an Beschäftigung, die zur Bildung eines richtigen Betriebs und ist notwendig, um das Beste im Kampf für unsere Sache zu finden.

Bei dem Vortrag über die Forderung der Produktionssteigerung wurde das gleiche Verhältnis der Betriebsräte behandelt. Eine ungeheure Arbeit haben hier die Kollegen, die mit den Unternehmern, wie Frau Seiber, zu tun haben. Die Genossinnen der Betriebsräte muß heute darauf aufmerksam werden, daß die Forderung der Produktionssteigerung in Deutschland und in Frankreich von den Kollegen zu verstehen. Wenn es auch notwendig nicht geht, daß bei allen Verhandlungen ein Betriebsrat dabei ist, so muß man sich doch bemühen, daß es doch notwendig notwendig, daß bei Verhandlungen von Betriebsräten die Verhandlungen unter Mitwirkung der Betriebsräte gemacht werden. Das hat bei in unserem Betrieb gut bewirkt und wird von den Kollegen verlangt, weil sie wissen, daß es

zu ihrem Vorteil ist. Hier wird oft von den Kollegen verlangt, daß alle Zeitaufnahmen im Bereich des Betriebs gemacht werden sollen. Zum Schaden für die Kollegen wäre das bestimmt nicht. Manche Überverteilung der Kollegen würde dadurch unmöglich gemacht werden.

Die von der Konferenz behandelten Fragen bewiesen deutlich, welche wichtige Aufgaben die Betriebsräte zu erfüllen haben und wie notwendig eine gute Schulung und Ausbildung ist. Erfreulich ist das Lob der Kollegen über die Wirtschaftsschule in Dürrenberg. Aber wo bleiben die Kollegen mit ihrem Willen zum Weiterlernen, denen ihre reaktionären Unternehmer keinen Urlaub geben? Wenn es nicht gelingt, durch gesetzliche oder tarifliche Maßnahmen Abhilfe zu schaffen, dann kommt mancher tüchtige Betriebsrat oder Funktionär des Verbandes nie dazu, Bildungseinrichtungen des Verbandes, wozu Urlaub nötig ist, zu besuchen. Durch dringende und bezügliche Vortragskurse und Zusammenkünfte der Betriebsräte mit Aussprache kann bestimmt noch etwas mehr als bisher zur Weiterbildung der Betriebsräte getan werden.

Auch der Vortrag des Kollegen Bührig über die Betriebsratswahlen zeigte, was an Wissen, Können und Handeln von den Betriebsräten verlangt wird und daß deshalb alles nur Mögliche zu ihrer Weiterbildung getan werden muß.

Weiter ließ die Tagung zu wenig Zeit, die Schönheiten Stuttgart zu besichtigen. Für Ausflüge auf solchen Tagungen wäre es sehr wünschenswert, daß sich ortskundige Kollegen ihrer erbarmten und ihnen Sehenswürdigkeiten und Naturschönheiten des Konferenzortes zeigten. Die wenigen „Betreiber“, zu denen man als Arbeiter kommt, möchte man doch genügend auswerten, um auch über das außerhalb des Tagungsraumes Geschaute und Gelernte beiheim bringen zu können.

Vorsicht bei Arbeitsjuche in Frankreich!

Ein Verbandsfunktionär schreibt uns:

In letzter Zeit gehen durch die Presse Nachrichten über Arbeitsmöglichkeiten in Frankreich. In diesen Notizen spiegelt sich ein gewisser Reiz über dieses glückliche Land ohne Arbeitslosigkeit. Daß es für einen deutschen Arbeiter nicht vorzuziehen ist, in Frankreich eine Arbeitsstelle anzunehmen, will ich durch meine persönliche Erfahrung zeigen. Ein Hüttenwerk in Lothringen, die Sociétés Metallurgiques de Kautagne-Acières, suchte letzten Sommer im „Deutschen Arbeitsmarkt“ Schloffer, Dreher, Elektriker und Hilfsarbeiter. Da ich schon längere Zeit arbeitslos war, bewarb ich mich im August vorigen Jahres bei genannter Firma um eine Stelle als Schloffer. Am 1. Oktober erhielt ich die Mitteilung, daß für mich ein Arbeitsvertrag zur Genehmigung eingereicht sei; er würde mir in einigen Wochen zugestellt werden. Ich erhielt jedoch keinen Arbeitsvertrag. Keine Nachrichten bei der Firma und dem Generalkonsulat blieben unbeantwortet. Am 2. Dezember erhielt ich unerwartet von der Firma ein Schreiben mit der Aufforderung, mich binnen acht Tagen auf dem französischen Konsulat in Trier zu melden, andernfalls würde sie die Gültigkeit des Vertrages aufheben lassen.

Es berührte mich sehr eigenartig, daß mir der Vertrag nicht zugestellt und nur eine so kurze Frist gesetzt wurde. Immerhin beschaffte ich die notwendigen Papiere und reiste nach Trier, um mich von den gesetzlichen Vertragsbedingungen zu überzeugen. Bei meiner Ankunft in Trier ging ich zunächst auf das Arbeitsamt, um mich zu orientieren. Dort wurde mir ganz entschieden von meinem Vorhaben abgeraten, weil das Arbeitsamt mit dieser Firma die schlechtesten Erfahrungen gemacht hatte. Die Löhne seien dort außerordentlich niedrig, die Kantinenverpflegung sehr schlecht und unzureichend, die Unterbringung der Arbeiter erfolge in Baracken mit Polen, Italienern und allen möglichen Nationalitäten.

So beraten begab ich mich zum Konsulat und verlangte die Vorlegung des Arbeitsvertrages. Er war ganz in französischer Sprache abgefaßt. Ich bat den Konsul um Übersetzung der wesentlichen Punkte und erfuhr zu meinem nicht geringen Erstaunen, daß der Tageslohn bei achtstündiger Arbeitszeit 21,76 Fr. betrage, nach deutschem Geld 357 M. Hinzu komme eine monatliche „Prämie“ von 40 Fr. Als ich dem Konsul vorrechnete, daß ich mit diesem Lohn nicht auskommen könnte, gab er mir zur Antwort, daß ich ja die Kantinenverpflegung zum niedrigen Preise von 1,80 Fr. den Tag bekomme, außerdem würde in diesem Betrieb muntertätig gearbeitet, so daß ich die Möglichkeit hätte, durch Leistung von Überstunden meinen Verdienst zu erhöhen.

Da der Vertrag außer Acht auf 100 Tage verpflichtete, gab ich dem Konsul zu verstehen, daß ich keinen Wert darauf lege, unter solchen Bedingungen zu arbeiten. Was außer diesen Angaben über Lohn und Arbeitszeit in diesem Vertrag enthalten war, konnte ich mir denken.

Wenn ich diese Erfahrung auch teuer bezahlen mußte, so werden, wie ich hoffe, die Opfer an Zeit und Geld insofern nicht ganz umsonst gewesen sein, als diese Riten manchen veranlassen werden, sich vor der Stellungnahme mit dem betreffenden Arbeitsamt in Verbindung zu setzen.

Die Stützergeloge Steuerfrei!

Ein Verbandsmitglied schreibt: Vom Arbeitslohn sind wöchentlich grundsätzlich 21 M. steuerfrei. In diesem Betrag sind 4,80 M. für Werbungskosten enthalten. Unter Werbungskosten versteht man u. a. die Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Aufwendungen für Heizung und Verpflegung. Diesem wird nun angenommen, daß die Werbungskosten und die Vergütung für Werbung steuerpflichtig sei, da bereits die Werbungskosten einen steuerfreien Betrag in diesem Sinne vorziehen. Die Betriebsräte verfahren rein schematisch nach den Aufzeichnungen der Steuerämter.

Wichtig ist nun, daß diese Vergünstigungen (Sparzulage und Werbungskosten) im Tarifvertrag enthalten oder durch Arbeiter und Unternehmer vereinbart werden und daß diese Vergünstigungen neben dem Lohn gezahlt werden. Zwei Ausnahmen sieht das Gesetz vor. Nach § 36 Abs. 2 sind Aufwandsentschädigungen steuerfrei, die die tatsächliche Aufwendung nicht übersteigen. Hierzu ist zu sagen, daß die Kollegen, die im Tarifvertrag vereinbart sind, wirklich nicht über die tatsächlichen Aufwendungen hinausgehen. Mitfin sind Sparzulage und Werbungskosten, die auf dem Lohnzettel gesondert verzeichnet werden, steuerfrei. Wenn diese Vergünstigungen vereinbart werden, hat jeder das Recht, am Ende des Jahres einen Antrag auf Erstattung der gemäß gezahlten Lohnsteuer zu stellen. Dem Antrag muß beigefügt werden, da dies gesetzlich begründet ist.

Ein Beispiel: Der hiesiger Metallarbeitertarif sah bis zum 1. April 1929 einen Spitzenlohn von 77 M. vor, wofür bei 48 Stunden Arbeitszeit ein Wochenlohn von 393 M. mit der 10prozentigen Stützergeloge 405 M. für diesen Zeitraum muß ein Steuerrecht von 90 M. Steuer bezahlen. Wird nun die Stützergeloge mit vermindert, so sind 120 M. zu zahlen, das macht im Jahr ein Mehr von 15,60 M. Dieser Betrag erhöht sich noch um etwa 1 M., wenn die volle (35 bis 40 M. Spitzenlohn) Vergünstigung gewährt wird. Die Steuerzahlung vom 1. April an von 4 M. die Stunde vermindert die Steuerzahlung nicht, da in beiden Fällen ein Steuerrecht von 90 M. die Höhe vorhanden ist.

Dieses Beispiel zeigt, daß Steuerfrei zu sein ein Recht ist, das man nicht aufgeben sollte, da diese Aufhebung kein leeres Redenswort ist, sondern das Recht hat. Man sollte in diese Beträge für das Jahr 1928 zurückgegriffen hat.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern C.-A. 624-41, 624-42, 624-48

Mit Sonntag dem 2. Febr. ist der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. Februar 1930 fällig.

Die Erhebung von Extrabeträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Erhebung	Das die Mitglieder der Beitragsklasse				Beginn der Beitragszahlung
	I	II	III	IV	
Sicherleben	20	20	16	—	4. Woche
Reichenbach i. Schlef.	10	10	—	—	7. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständigen Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Anfragen ein Hinweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Verantwortung geschritten wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Stuttgart, Hötchstraße 16. Der Vorstandsvorsitzende.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubaken:

von Carohierarbeitern aller Branchen nach Basel St.
von Formern und Blechrelarbeitern nach Landau i. Pfalz (Sa. Eichhorn) D.
von Metalldruckern nach St. Louis in Ober-Elb (Sa. Schminger, Aluminium abrt.) D.
I = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M = Maßregelung; Mi = Mithand; A = Aussperrung.

Arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gelistet ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugewiesen ist, zum Ausweis der Mitgliedschaft abhempeln zu lassen.

Karl Ebert Jubiläum

Erst im Jahre 1906 hatten sich im glühenden Industriebezirk Westfalens, in Bochum so viel Mitglieder um die Fahne des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geschart, daß ein Kollege angefordert werden konnte. Das zeugt nicht von einer Saumlosigkeit der hochmuren Kollegen, sondern von der ungeheuren Schwierigkeit, mit der sie auf dem heiligen Boden Westfalens zu kämpfen hatten, um den sozialistischen Geist in die Köpfe der Arbeiter zu hämmern. Die Wahl fiel auf den Kollegen Karl Ebert, der eben vom „Bochumer Verein“ gemahnt war, weil er auf der freiwirtschaftlichen Seite der Gewerkschaftswahl gestanden hatte. Sogar war damals schwer verdient und wurde durch Stockschläge auf den Rücken gestrichelt. Ebert war gleich nach seiner Dreierlehre im Jahre 1892 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband als Mitglied beigetreten, konnte sich demnach im Gewerkschaftswesen gründlich aus und rüdte den hiesigen Gewerkschaftsmitgliedern mit seiner einigen Egar Verbandskollegen gründlich auf den Weg. Später ist Kollege Ebert als Geschäftsführer und Kassierer nach Witten berufen worden und nach dem Kriege holte ihn die damalige Verbandsleitung in das Hauptbüro nach Stuttgart, wo er heute noch rüftig tätig ist. Wir wünschen dem Kollegen Ebert das Beste für sein ferneres Leben.

Max Quard gestorben

Ein paar Monate vor seinem 70. Geburtstag hat Max Quard mit Freund Hein den langen Weg angetreten, von dem es eine Rückkehr nicht gibt. Als wir ihn das letzte Mal in Mannheim auf dem Kongress der Gesellschaft für soziale Reform sahen, fiel uns seine merkwürdige Gleichheit auf. Doch als er, geistig lebhaft wie immer, von dieser und jener Sache sprach, sah eingehend nach der Beurteilung der Geschichte der Verlehrsarbeiter, deren ersten Band er — prächtig — geschrieben, erludigte und neue Pläne andeutete, konnten wir sein Aussehen nicht tragisch nehmen. Er hat viele Jahre an einer Wirksamkeit, von der er durch mehrmaligen Aufenthalt jenseits des Gothaer Heilung erhoffte. Das ist ihm leider nicht vergönnt gewesen.

Max Quard kam aus dem Bürgertum zur Arbeiterbewegung. Weil er als junger Referendar in Kuboldstadt demokratische Gesinnung hatte sehen lassen, wurde er aus dem Staatsdienst gedrängt, ging dann nach Wien, später zur Frankfurter Zeitung und kam schließlich als erster Schriftleiter zur sozialdemokratischen Volksstimme in Frankfurt. Durch Quards Tätigkeit erhielt die Zeitung bald hohes Ansehen im sozialdemokratischen Blätterwald. Mit ganzer Inbrunst widmete sich Quard der Sozialpolitik. Unermüdet wirkte er für sie mit der Feder oder durch die Tat, wozu er als Stabsreferendar von Frankfurt und später auch als Mitglied des Reichstages vielfältig Gelegenheit hatte. Die Metallarbeiter-Zeitung hat früher mehrfach Aufsätze aus seiner Feder gebracht. Er gehörte auch der deutschen Nationalversammlung an, wo er an dem Verfassungswerk eifrig mitarbeitete. Der deutsche Einheitsstaat lag ihm besonders am Herzen. Wiederholt und sehr lebhaft hat er uns damals in Weimar und anderswo gesagt, daß es auch diesmal schier unmöglich sei, den Traum der Besten der Deutschen zu verwirklichen. Und bei dieser Lage fehlte es nicht an scharfen Worten über die parlamentarischen Partikularisten und kleinräumlichen Raunfänger der Revolution, die aus lauter Sorge um ihre Kruppe nicht zur Tat für die große geschichtliche Notwendigkeit zu bringen wozu.

Wir denken wir sagen, daß auch die Gewerkschaftsbewegung mit Max Quard einen tüchtigen Aufreiter verloren hat. So wäre das ganz richtig, aber die ganze Größe des Verlustes wäre nicht halb ausgedrückt. Denn Quards Geist und Talente sind in unzähligen Schriften und vielen Belegparagrafen zu finden, z. B. in den Arbeiten der Kollegen, die für den Sozialismus begeistert und für die Gewerkschaft angepornt worden. Vielen Genossen, die ihm näher gekommen, war er ein ebenso streitbarer wie fröhlicher Kamerad, dessen Gans offenkundig und dessen Tisch gedeckt wurde für jeden, der guten Willens für die Sache des Proletariates war und der Max Quard sein langes Leben gewidmet hat.

Wir reihen uns ein in die große Schar der Trauernden. Wir beklagen mit ihnen aufrichtig den herben Verlust. Und wir senden der Begegnung in und den Kindern des verbliebenen Freundes und Kämpfers unser ehrlichstes Mitleid. Zu uns gesellt sich eine lange Schar von Metallarbeitern, die im Geiste einen Platz auf den ersten Grabhügel legen als Dank und Erinnerung an den Toten und als Gelöbnis, sein Wirken, seine Opfer für die Arbeiterklasse nie zu vergessen.

Gewerkschaftswerbung

Von Richard Wagner

Die beste Agitation war immer die Lohnbewegung, bei der alles in Schwingung kam, auch die ganz gleichgültigen Unorganisierten. Auch heute hat die Lohnbewegung noch immer stärkste Werkrkraft, wenn auch nicht mehr die tiefgehende und nachhaltige Wirkung wie einst. Denn die Formen der Lohnkämpfe haben sich mit dem Aufstieg der Arbeiterchaft geändert. War vor Jahrzehnten eine Lohnbewegung wegen des hochmächtigen Widerstandes der Unternehmer oft von vornherein gleichbedeutend mit Streik, hatten die Arbeiter wahrhaftig „nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen“, wurden die Lohnkämpfe mit Polizei, Gendarmerie, Militär, so ist die Romanik jener Kampfstage doch schon meist verblaßt. Nicht etwa weil die Arbeiterchaft heute weniger schwingungsdoll ist, sondern weil die proletarischen Kräfte in den großen Organisationen weitläufiger geworden sind, weil auch die Unternehmer in viel geschlossenerer Front ihren Klassenkampf führen und daher ein solch verwegener Durchbruch an Einzelstellen nicht mehr so erfolgreich sein kann; denn aber auch, weil die Gewerkschaften anerkannt sind und sie in unseren demokratischeren Zeiten im geistigen Ringen oft mehr erreichen, was früher ohne die Gewalt des Streiks nicht möglich war. Kommt noch hinzu, daß die Arbeiterversicherung und das ausgebaute Unterstützungswesen die materiellen Lasten und persönlichen Gefahren für den einzelnen auch im Streikfall weitläufiger kleiner sind. Die Mechanisierung des ganzen Lebens in der kapitalistischen Entwicklung hat auch unsere Gewerkschaftskämpfe beeinflusst und die — sehr gefährliche — Folge mit sich gebracht, daß manche Arbeiter und Arbeiterinnen die Gewerkschaft wie einen Automaten betrachten, in den man den Mitgliedsbeitrag nur dann hineinwirft, wenn sofort die Forderung der Lohnhöhe herausfallen. Trotz alledem ist die Lohnbewegung auch heute noch eine sehr starke Werbemöglichkeit.

Ein besonders wichtiges Mittel der Gewerkschaftswerbung ist die Agitation von Mund zu Mund im Betriebe. So sehr das noch heute gilt — es ist weit schwieriger geworden, als es vor Jahrzehnten war. Die Werbemöglichkeiten, wie sie früher der unzugängliche Unternehmer und der absolut arbeitserfeindliche Staat darbieten, sind durch den Machtanflug der Gewerkschaften geringere geworden. Auch ist die Not des proletarischen Durchschneitens, verglichen mit der Zeit vor etwa fünfzig Jahren, gerade dank der Gewerkschaftsbewegung heute nicht mehr so auswühlend und erbitternd wie damals. Die Gewerkschaften, um deren Bestand nicht erst mit allen Herrschaftsmächten gekämpft werden muß, sind vielen zur Selbstverständlichkeit geworden, ebenso wie ihre Errungenschaften. Daß es jetzt nicht im Lauffeldtempo wie früher weitergeht, macht manche mühsam. Die mühsamliche Werbung muß heute vielfach mit anderen Voraussetzungen und daher mit anderen Mitteln arbeiten als einst.

Das ist auch einer der Gründe, warum Versammlungen in friedlich normalen Verhältnissen meist schwach besucht sind. Es kommen immer dieselben Teilnehmer, die Massen reagieren weder auf Einladungen durch die Zeitung noch durch die Post. Nur Versammlungen mit sehr aktueller Tagesordnung oder mit bedeutenden Rednern haben heute gute Werbekraft.

Die Bedeutung der Presse als Werbe- und Bildungsmittel ist heute so unbestritten wie je. Ja, die Gewerkschaftszeitungen können in unseren Tagen noch weit größere Wirkung tun als früher, da sie meist unsonst abgegeben werden können, wenn sie nur Zeitungen für den heutigen Menschen, für den Nachkriegsmenschen wären.

Das Bildungswesen, alle die Kurse und Vorträge, deren Bedeutung in dem großen geistigen Klassenringen unserer Tage gar nicht überschätzt werden kann, erreichen doch nur einen verhältnismäßig kleinen, wenn auch sehr wertvollen Teil der Gesamtarbeiterchaft und haben ja auch weniger die Aufgabe, bloß zu werden, als die Angeworbenen durchzubilden.

Größere gefällige Veranstaltungen, die es früher in den Gewerkschaften sehr oft gegeben hat, sind heute — wohl mit Unrecht — ganz eingeschlafen oder werden nur bei ganz besonderen Anlässen abgehalten.

Ein starkes Werbemittel für die Organisation ist ein gut ausgebautes Unterhaltungs- und Kulturwesen. Auf diesem Gebiete ist immer und auch in letzter Zeit wieder recht viel geleistet worden. Aber so hoch können die Unterhaltungsarbeiten bei den wenigsten Organisationen sein, daß sie suggestive Wirkung auf Gleichgültige, besonders unter jungen Arbeiterinnen, üben könnten.

So hat also, wie schon der flüchtige Überblick über unsere bisherigen Agitationsmethoden zeigt, die Gewerkschaftswerbung heute nicht die unertrinnbare Wirkung, die wünschenswert wäre. Sind nun unsere alten Methoden falsch? Nein! Aber die Menschen sind andere geworden, die auf der Gegenseite und auch die in unseren eigenen Reihen. Da hilft kein Januarnur über Sport, Kino und Radio, wodurch die Massen abgelenkt würden, da nützt kein Beschlagen über Gleichgültigkeit. Denn all das ist nicht Ursache, sondern Folge der Tatsache, daß die Menschen andere geworden sind. Und sie sind andere geworden gerade dank den Erfolgen der Arbeiterbewegung, deren grundlegendste die gewerkschaftlichen sind.

Das Wesen guter Propaganda ist organisatorisch: Planmäßigkeit, Ununterbrochenheit, Steigerung, Allgegenwärtigkeit mit der psychologischen Wirkungsabsicht: Unentrinnbarkeit, Eindringlichkeit. Das alles ist an sich nichts Schlechtes. Und wenn die lügenhafte Profitklausur, die vortäuscht, den Massen wohl zu tun, in Wirklichkeit aber nur dem privaten Unternehmertum dienlich ist, so starke Massenerfolge erzielt, warum sollen die gleichen Methoden der Wirkung nicht angewendet werden für unsere Gewerkschaftsidee? Der tödliche Lärm und das blendende Lichtmeer dieser wildlebendlichen Zeit, die stündlichen Emotionen und geistigen Spannungen halten große Massen der Arbeiterchaft in Eigen und lassen sie nicht zur Selbstbestimmung kommen auf ihr eigenes Schicksal, auf die für sie gültigen Wahrheiten und die Kampfnotwendigkeiten. Unsere Wahrheit müssen im Losen der kapitalistischen Lügenwelt hörbar, sichtbar werden.

Massenchristen größeren und kleineren Umfangs haben noch nichts von ihrem Wert eingebüßt. Nur müssen sie anders werden. Bei der Überfülle des Gedruckten, das stündlich über die Menschen niederschlägt, hat nur das in der äußeren Form schon Fadede und durch Knappen, einprägsam gemeldeten Inhalt Wirkende einige Aussicht, im Gedächtnis der Menschen Spuren zu hinterlassen. Plakate — die ganze Welt ist mit kapitalistischen Plakaten tapeziert — sind zu wenig in unserer Dienst gestellt. Freilich

müssen sie die optische Konkurrenz mit den Geschäftskleberplakaten erfolgreich bestehen. Das ist nicht möglich, wenn sie den — Verfasser des umfangreichen, mit zahllosen Tatsachen und Beweisen gefüllten Textes entzünden, die Massen aber an der gedruckten Langatmigkeit vorbeilaufen. Eindringlichkeit durch Bild, Farbe und Schlagwort ist das Zeichen des guten Plakats.

Film, Radio, auch Grammophonlautsprecher sind heute sichere Mittel für das Masseninteresse. Den Kund und noch die gewerkschaftsfeindliche Bourgeoisie zu sehr in der Hand. Aber wir haben schon Filme, wie etwa „Streik“, „Sturm über Asien“ und viele andere, die in den Mittelpunkt von Versammlungen gestellt, kurzen, eindringlichen Referaten von Gewerkschaftsrednern nachhaltigste Wirkung verleihen können. Warum benutzen wir nicht — was heute auch schon kleinere Geschäftsunternehmungen in ihren Propagandaplänen haben — Lautsprecherwagen und fahrende Leuchtreklamen?

Warum vor allem haben wir im Jahresplan der Gewerkschaftswerbung — Reklamefeldzug heißt es etwas sehr charakteristisch bei kapitalistischen Unternehmungen — nicht ein großes, aufsehenerregendes Massenfest? Warum richten wir nicht einmal im Jahre die Aufmerksamkeit des ganzen Landes durch ein großes Gewerkschaftsfest auf unsere Gewerkschaftsidee? Massenfeste waren zu allen Zeiten sehr wirksame Mittel der Massenagitation und die Bourgeoisie hat sie immer ausgezeichnet für ihre Zwecke zu verwenden verstanden. Auch Gewerkschaftsfeste gibt es ja seit je. Heute mühten ihre Formen nur vollkommen verändert werden. In Leipzig wurde in diesem Sommer ein großzügiges Gewerkschaftsfest veranstaltet, das in seiner Durchführung und der Macht seiner Wirkung als vorbildlich bezeichnet werden kann. Aber auch kleinere Feste in Deutschland bringen das schon zuwege. So hat auch in diesem Sommer in Böhmen ein großes, acht Tage dauerndes „Fest der Arbeit“ stattgefunden, vom Gewerkschaftsverband, der Konsumgenossenschaft und dem Arbeiterpartei gemeinsam veranstaltet. Acht Tage lang wurde die ganze Gegend in Spannung gehalten und eindrucksvolle Werbung für Gewerkschaft und Genossenschaft betrieben. Da gab es nicht nur Konzerte und Sportveranstaltungen, Fackelzüge, Illuminationen der Organisationsgebäude, Feuerwerk und Festumzüge, auch Kinderfeste und Werberfahrten mit Radiowagen und Propagandautos wurden veranstaltet.

Wir müssen auch in unseren Gewerkschaften wieder die revolutionäre Idee unseres Kampfes zum großen Massenerlebnis machen. Die Gewerkschaftsbegeisterung vor Jahrzehnten war auch nicht nur auf die Lohngrößen gerichtet. Sie hätte damals bei den so geringen Siegesaussichten nicht sehr hoch aufklimmen können, wäre sie nur auf die kleine, drückende Alltagsbörse eingestellt gewesen. Aber die große, erhebende Idee des Befreiungskampfes erfüllte die Gewerkschaften, die heute von vielen wie ein mechanischer Apparat betrachtet werden.

Nur eines könnte ein stichhaltiger Einwand sein: die Kosten solch neuer Gewerkschaftswerbung. Die einzelne, bestimmt die kleine Gewerkschaft, kann sie wirklich nicht aufbringen. Aber es wäre auch sehr unwirtschaftlich, wenn fünfzig Organisationen nebeneinander dasselbe machen.

(Aus der Monatschrift der österreichischen Gewerkschaften „Arbeit und Wirtschaft“.)

Eine originelle Werbemethode wird von der Technikerorganisation des Aia-Bundes, dem Vutab, seit einigen Monaten in Berlin angewandt. Dort sind in der letzten Zeit an allen wichtigen Haltepunkten der Straßenbahn Säulen aufgestellt worden, die die Fahrgäste über die auf der betreffenden Strecke verkehrenden Straßenbahnlinien und ihre Fahrzeiten durch einen beleuchteten Anschlag im Innern der Straßenseite der Säule unterrichten. Die übrigen Flächen der Säule werden zu Reklamewerben vermietet. Der Vutab hat nun in verschiedenen Stadtteilen, besonders in den industriereichen, die Flächen solcher Säulen für seine Reklame gepachtet und unterrichtet die Passanten nun Tag und Nacht in Bild und Schrift und in künstlerischer Aufmachung über seine Organisation und ihre Leistungen.

Von der Dinta-Zeitung

Ausbreitung in der Fläche
„Wertvolle Vertiefung des Gehalts“

In seinem letzten Tätigkeitsbericht erzählt das „Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung“, gemeinlich Dinta genannt, allerhand. Unter dem Stichwort „Beratungen“ kann man lesen, daß das Beratungsorgan einen befriedigenden Ausbau erfahren habe, wofür die Zeitungserfolge in der Landwirtschaft grundlegend gewesen seien. In der Bauindustrie und in der Textilindustrie aber hätten sich für die Beratungen Schwierigkeiten ergeben. Dann fährt der Bericht fort:

„Eine Reihe der auf der vorjährigen Zeitungsagung in Köln gegebenen Anregungen wurde verwirklicht. Ihre Durchführung brachte eine wertvolle Vertiefung des Zeitungsgehalts. So wurde in mehreren Werken der Versuch gemacht, durch Herausstellung strittiger sozialer und wirtschaftlicher Fragen dem Interesse der Belegschaft einen Kristallisationspunkt zu geben. Gleichem Interesse begannete die offene Darlegung des wirtschaftlichen Effekts in einer Reihe von Betrieben... In Vorbereitung befindet sich ferner eine farbige illustrierte Kinderzeitung, deren Herausgabe in der durch die Planung einer Zeitungs- und einer Werkmeisterzeitung gekennzeichneten Entwicklungsphase liegt. Die Einführung auf die Gestaltung des deutschen Bergmannskalenders „Schlagel und Eisen“ wird sich ebenfalls vorteilhaft auswirken.“

Die Fikura zeigt, daß die Zeitungsarbeiten der „Seelenfucher“ recht vielseitig. Dagegen ist vollwirtschaftlich kaum etwas einzuwenden. Denn es ist gewiß begrüßenswert, wenn in dieser Zeit der sich ändernden Erwerbslosigkeit die schwerindustriellen Berren von ihren dicken Geminnen auch anderen Seiten etwas zukommen lassen. In der Ausbreitung in die Fläche soll sich nach dem Tätigkeitsbericht der Dinta aber auch eine wertvolle Vertiefung des Zeitungsgehalts zeigen. Was hier unter „wertvoller Vertiefung“ zu verstehen ist, sei an einem Beispiel dargestellt. In der Nr. 1 der Wochenzeitung steht unter dem Titel „Glaubens“ folgendes gezeichnet:

„Wir Ingenieure zwingen die Kräfte der Natur in den Dienst des Menschen. Als Mittel hierzu dient uns die Maschine. Sie verleiht dem schaffenden Menschen doppelte, sechsfache, hundertfache Kräfte. Unsere Kräfte nehmen ihm die Lasten von den Schultern, unsere Kräfte können ihm Wege über Täler und Flüsse, unsere Schiffe bringen ihm die Rohmaterialien zu seiner Arbeit... Der Geist der Konstrukteure unter uns rastet nicht; Gehirn und Gerät des Betriebsingenieurs arbeiten, berechnen, prüfen...“

Was treibt uns Ingenieure zu diesem letzten Ziel? Ist es der persönliche Vorteil, der uns aus unserer Arbeit winkt? Kaum! Denn in den seltensten Fällen ist der materielle Gewinn des Ingenieurs aus seinen Schöpfungen nur gering. Im Gegenteil, nur zu oft setzt er sich bewußt Gefahren aus: auf dem Prüfstand, im Flugzeug, im Schacht. Aber warum denn nur?

Wir Arbeiter schaffen in dem Geiste, den der Ingenieur seiner Maschine, seinem Werte eingehaucht hat. Von uns fordert die Zeit nicht nur höchstes handwerkliches Können, sondern auch das Sichhineindenken in das Getriebe unserer Wirtschaft. Wenn wir Arbeiter nicht geistig Herr der Materie sind, und nicht hineinleben in den beherrschenden Gedanken, so muß der Erfolg ausbleiben. Wir wachsen mit den Fortschritten der Technik: aus den Fronern von gestern werden Arbeitskameraden von morgen... Nur wer blind oder in wirtschaftsferne Zonen verbannt ist, wird heute noch behaupten wollen, daß wir Arbeiter innerhalb der deutschen Wirtschaft zu geistiger und körperlicher Verelendung verdammt seien. Ein es allerdings brüht uns doppelte Arbeit: wir sind stets die Leuten in der Reihe, die Leuten, welche die Hunde beißen. Wird schlecht regiert, auf uns wird zuletzt jede Steuer abgemäht, stößt die Wirtschaft, wir sind die ersten, welche die Bitternis der Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen. Darin liegt eine tiefe Tragik!

Und doch greifen wir nicht darin. Zwar läßt uns der Selbsthaltungstrieb immer wieder nach der Lohnhöhe schielen, aber schon wissen wir, daß sie nur relativ zu werten ist. Mehr aber noch... Auch wir lernen um höhere Ziele arbeiten... Aber um welche?

Gemeinsam arbeiten Ingenieure und Arbeiter... Und wenn es gelingt, bei gleichbleibendem Arbeitsaufwand Doppeltes zu leisten, den Preis pro Kubikmeter Gas, pro Kilowattstunde um einige Pfennige zu senken, die Gütergeschwindigkeit um 10 Kilometer pro Stunde zu erhöhen, den Preis für ein Zweifamilienhaus um einige tausend Mark herunterzudrücken, an einer Fülle 100 Tausend Stahl zu sparen... dann erleben wir unsere Rechtfertigung! (Liegen wir auf die Straße Schriftta, der NS.) Dann dienen wir unserem Volk, der Menschheit, und darin dem Schöpfer dreier Welt.

Wie unendlich weit tritt bei solchen Feiertagsgedanken, all der Kleinkram zurück, der uns im Alltagsleben zu trennen scheint. Wollte ein gültiges Gesetz, daß im neuen Jahre dieses Erkennen des letzten Sinnes aller Arbeit in der harten Wirklichkeit nicht untergeht. Der starke Glaube an den höheren Sinn des Arbeitslebens muß uns schließlich selber sein, die schlimme Not unseres Volkes zu wenden.

Schade, daß der Mann, der den Gehalt der Werkleistungen dem Maße vertieft, seine Bescheidenheit so weit treibt, nicht einmal seinen Namen zu nennen. Seiner geistigen Tiefe nach ist er bezeichnend, weithin bekannt zu werden. Vorderehand wird er ja, da die Genialität seiner Prognose maßig ist, noch lange Brot und Brotverdienstmöglichkeit haben. Wenn es damit aber einmal, was ja nicht ganz ausgeschlossen ist, vorbei sein sollte, dann sollte er sich den Augen in amerikanischen Winterwald bemerkbar machen. Bei deren Sonnablenwürde er sicher eine gute Stelle erhalten. Als Referent genügt die Jahresnummer der Belegschaftszeitung. Diese farbigen Naturbilder, die, wie man annehmen kann, noch nicht von dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in den schwerindustriellen Gefilden Deutschlands wissen, würden die Belegschaftszeitung womöglich noch nicht als Witzblatt nehmen. A. Rosa m.

Der vom Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Brauweiler, auf der ordentlichen Mitgliederversammlung am 18. Dezember erhaltene Geschäftsbericht ist auf Kampf gestimmt. Die Vereinigung scheint die kommende Zeit für sehr aussichtsreich zu halten. Es ist schon vielfach, daß die Kapitalgewaltigen in der geschlossenen Mitgliederversammlung etwas verächtlich von einer „sozialen Regierung“ sprachen und den Reichsarbeitsminister Reiffell als „das Prototyp derjenigen empörtigen einseitigen Zeitung seines Reichs“ hinstellten, dem es „ganz gleichgültig ist, was um sich herum passiert.“

Die Unternehmer auf dem Kriegspfade

Die soziale Gestaltung der Vereinigung enthält sich in gerader „glänzender“ Weise in ihrer Stellung zu den älteren verheirateten Arbeitern und Angestellten. Das Aus-der-Straße-Werfen älterer Arbeiter und Angestellten ist „technisch, wirtschaftlich berechtigt“. Wenn der Knappe der Vereinigung dennoch den Unternehmern Vorschlag bei der Entlassung älterer verheirateter Arbeiter und Angestellten empfiehlt, so lediglich aus dem Grunde, damit diese älteren Leute als Preislohn in den Gewerkschaften dienen. Herr Brauweiler drückt das so aus:

„Diese älteren, verheirateten Arbeiter, diese ruhiger gewordenen Leute bilden in den Gewerkschaften das Element der Ruhe, sie sind ein Gegengewicht gegen junge verantwortungslose Elemente, und es ist für uns nicht gleichgültig, ob aus den Gewerkschaften gerade diese ruhigen, soliden, auch auf Arbeitsfrieden stärker bedachten Elemente herausgehen. So muß man also hier politische und psychologische Momente gegen reine Rütchleitsmomente abwägen und muß auch bedenken, daß diese als ein nütliches Gegengewicht, sagen wir als die Rechte in den Gewerkschaften wirkenden Leute, wenn sie arbeitslos werden, unter dem Druck der Arbeitslosigkeit verbittert und zu radikalen, für uns gefährlichen politischen Elementen werden.“

Wiso reine Rütchleitsbetrachtungen, irgendein Mißgeschick oder Empfinden kommt nicht in Frage.

Die besondere Sorge der Herren von der Vereinigung gilt der Krankenversicherung. Sie sehen etwas ganz Furchterliches, nämlich Fortreibungen, den Hauptverband der deutschen Krankenkassen. „Dieses ungeheure Machtinstrument zu einer neuen Säule der Stellung des Sozialismus auszugestalten“. Dagegen sollen nun alle Kräfte eingesetzt werden. Der Unternehmerbildungsnappe hat einen seinen Plan ausgearbeitet. Wir können nicht alles nur von Berlin machen, sagt er, denn wir sind schon als Zentrale der deutschen Reaktion verfahren. Deswegen sollen die Angriffe nicht nur von Berlin, sondern aus dem ganzen Reich aus Unternehmerkreisen kommen und der Ansicht einer natürlichen Erregung erweckt werden. Wie ernst es den Unternehmern mit ihrem Vorgehen ist, ist daraus zu erkennen, daß sie ein „Vertrauensmännchen“ eingeführt haben, sowohl für die Arbeitslosen wie für die Krankenversicherung, und daß sie im Begriff sind, dieses System auch für die Invalidenversicherung auszubauen.

Mit klaren Worten ist von dem Geschäftsführer der Vereinigung das ausgesprochen, was in der Öffentlichkeit stets leibhaftig abgegrünelt oder nur verhüllt ausgedrückt wird, daß „wenn die Dinge so weit getrieben sind, mit allem Nachdruck und aller Konsequenz bis zum äußersten gekämpft werden muß, die Unternehmer also mit voller Absicht die sozialen Auseinandersetzungen herauszufechten wollen“. Herr Dr. Brauweiler hat in der geschlossenen Mitgliederversammlung mit offenen Karten gespielt. Die Unternehmer glauben, bei der Schwäche der gegenwärtigen Regierung ihren Willen trotz des Widerstandes der Gewerkschaften durchzusetzen. Sie haben auch ihre finanzielle Rüstung für 1930 wieder fest gesichert: Als Kapitalbedeutung für das Geschäftsjahr 1930, das heißt vom 1. Januar 1930 bis zum 31. Dezember 1929 werden 15 A auf je 1000 A der berufsgenossenschaftlichen Jahreslohnsumme des Jahres 1929 erhoben, für die 20 Millionen übersteigende Lohnsumme eines Verbandes werden 11 A, für die 200 Millionen übersteigende Lohnsumme 7 A auf je 1000 A erhoben. Der Mindestbeitrag wird auf 150 A vierteljährlich festgesetzt. C. L. F. S.

China feiert seinen Eintritt in die Familie der Kulturnationen durch den Stapellauf eines Kriegsschiffes, das den Namen „Friede“ führt. Wir möchten feststellen, daß China endlich vollständig gewöhnert ist. „Chicago Tribune“

